

Axel Beater

Medienrecht

3. Auflage



MOHR SIEBECK

Lehrbuch des Privatrechts

herausgegeben von Reinhard Bork



Medienrecht

von
Axel Beater

3., vollständig überarbeitete Auflage

Mohr Siebeck

Axel Beater, geboren 1961: Promotion 1988; Habilitation in Göttingen 1994; seit 1996 Ordinarius in Greifswald für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht und Medienrecht.

ISBN 978-3-16-200019-4 / eISBN 978-3-16-200021-7
DOI 10.1628/978-3-16-200021-7

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

1. Auflage 2007
2. Auflage 2016 (neubearbeitet)

© 2025 Mohr Siebeck, Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Satz: epline, Bodelshausen. Gedruckt auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Vorwort zur dritten Auflage

Das Buch widmet sich dem Recht der Printmedien, des Rundfunks und der journalistisch-redaktionell gestalteten Telemedien. Es versteht diese Materie im Hinblick auf die öffentliche Aufgabe und Funktion der genannten Medien nach wie vor als ein einheitliches Gebiet und nicht als ein isoliertes Nebeneinander verschiedener Disziplinen. Soziale Netzwerke, Suchmaschinen und sonstige digitale Vermittlungsdienste nimmt es in ausgewählten Einzelzusammenhängen ergänzend in den Blick.

Das Werk wurde grundlegend überarbeitet und in weiten Teilen neu strukturiert. Ebenso habe ich zahlreiche Passagen gekürzt, um den Umfang im Hinblick auf die vielen inhaltlichen Neuerungen sowie im Interesse der Leser und des Verlags nicht ausufern zu lassen. Das Manuskript wurde im April 2025 abgeschlossen.

Herr Carl-Benedict Mertins, Herr Richard Retka und Frau Annabel Sophie Witting haben alle Kapitel gegengelesen und sie in gemeinsamer Runde mit mir erörtert. Sie haben viele Anregungen gegeben, die der Darstellung zugutegekommen sind. Zugleich haben mir die Diskussionsrunden Freude bereitet. Für beides bedanke ich mich sehr. Ebenso bedanke ich mich bei Herrn Konstantin Böttcher für die Korrektur der Druckfahnen.

Greifswald, Mai 2025

Axel Beater

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Das Medienrecht wird tendenziell nicht als einheitliche Materie, sondern in speziellen Ausprägungen betrieben. Auf der Ebene der Universitäten stehen dem Zivilrechtler das Presse- und das Äußerungsdeliktsrecht nahe, das Rundfunkrecht ist eine verfassungsrechtliche Domäne und das Recht der Telemedien wird durch nochmals andere Zusammenhänge bestimmt. Ebenso sind medienrechtlich tätige Praktiker vielfach zur Spezialisierung gezwungen. Auch in diesem Buch scheinen letztlich fachliche Präferenzen durch, nämlich solche für das Delikts-, Urheber-, Wirtschafts- und Presserecht. Die Regel „Schuster bleib bei deinen Leisten“ bewahrt den Einzelnen vor Fehlern, ist für das Medienrecht aber gleichwohl nicht unbedingt vorteilhaft. Sie begünstigt ein Spezialistentum, das sich auf das eigene Gebiet beschränkt und auf die anderen Bereiche wenig achtet. Der Blick auf die große Schnittmenge, die zwischen den einzelnen Teilmaterien des Medienrechts besteht, kommt dabei schnell zu kurz.

Gerade die Konzentration auf die gemeinsamen Ausgangsprobleme ist jedoch weiterführend und für jeden wichtig, der nach übergreifenden Zusammenhängen fragt. Dieses Lehrbuch begreift das Medienrecht als einheitliches Gebiet. Es richtet dazu den Blick auf die Presse, den Rundfunk und die Telemedien. Die materielle Berechtigung dafür ergibt sich daraus, dass den Massenmedien in der demokratischen Industriegesellschaft spezielle Funktionen zukommen, nämlich die Demokratiefunktion, die Wirtschaftsfunktion und die Integrationsfunktion. Diese Funktionen sind für Presse, Rundfunk und Telemedien im Grundsatz identisch, auch wenn die jeweiligen Medien im Einzelnen einen unterschiedlichen Zuschnitt haben. Massenmedien sind deshalb nicht Organisationen oder Unternehmen wie alle anderen auch, sondern unterliegen Sondermaßstäben. Das macht das Medienrecht zur einheitlichen und eigenständigen Materie, die mehr ist als eine Ansammlung diverser Einzelaspekte.

Inhaltsübersicht

	Seite	Rdnr.
I. Teil: Medienrecht als Rechtsgebiet	1	1
§ 1 Begriff, Grundlagen, Abgrenzungen	1	1
II. Teil: Grundbegriffe und Rechtsgrundlagen	31	73
§ 2 Grundrechtliche und gesetzliche Ausgangspunkte	31	73
§ 3 Printmedien	56	133
§ 4 Rundfunk	84	204
§ 5 Telemedien	116	278
III. Teil: Redaktionsgeheimnisse, Beschaffung und Prüfung von Informationen	137	338
§ 6 Redaktionsgeheimnisse, journalistische Schutzzonen	137	338
§ 7 Journalistische Informationsrechte	151	371
§ 8 Journalistische Sorgfalt	176	439
IV. Teil: Vielfalt medialer Inhalte	189	475
§ 9 Publizistische Freiheit und Vielfalt	189	475
§ 10 Medienfinanzierung und publizistische Vielfalt	225	575
§ 11 Ökonomischer Wettbewerb und publizistische Vielfalt	260	679
V. Teil: Grenzen der Berichterstattung	293	762
§ 12 Äußerungsrechtliche Grundlagen	293	762
§ 13 Staatliche Schutzinteressen	352	926
§ 14 Persönliche Schutzinteressen	375	990
§ 15 Unternehmerische und weitere zivilrechtliche Schutzinteressen	436	1144
§ 16 Exklusivrechte und Verwertungsinteressen	465	1222
§ 17 Allgemeinheitsinteressen (Überblick)	514	1364
VI. Teil: Macht und Kontrolle der Medien	529	1398
§ 18 Macht und Kontrolle der Medien	529	1398

	Seite	Rdnr.
VII. Teil: Zivilrechtliche Ansprüche	555	1465
§ 19 Haftungsrechtliche Grundlagen	555	1465
§ 20 Schutz vor Öffentlichkeit	580	1532
§ 21 Schutz durch Öffentlichkeit	594	1567
§ 22 Entschädigung und Schadensersatz	624	1648
 Normenverzeichnis	 637	
Stichwortverzeichnis	641	

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rdnr.
I. Teil: Medienrecht als Rechtsgebiet	1	1
§ 1 Begriff, Grundlagen, Abgrenzungen	1	1
A. Medien und Medienrecht	1	1
I. Sonderrecht der Massenmedien	1	1
II. Rechtsgeschichtliche Skizze	2	5
III. Medien, Diktaturen, Freiheit und Demokratie	5	12
B. Sonderrecht und öffentliche Aufgabe der Massenmedien ...	7	18
I. Ausgangsfragen	7	18
II. Massenkommunikation	10	25
III. Herstellen von Öffentlichkeit	11	27
1. Informationsfunktion	11	28
2. Kontrollfunktion	12	31
3. Dialogfunktion	13	34
IV. Angelegenheiten von öffentlichem Interesse	14	36
1. Demokratiefunktion	14	37
2. Wirtschaftsfunktion	15	39
3. Integrationsfunktion	16	41
C. Nachbarrechtsgebiete	17	44
I. Medienrecht und allgemeines Äußerungsrecht	18	45
1. Sorgfaltsanforderungen	18	45
2. Onlineäußerungen	18	47
II. Medienrecht und Wettbewerbsrecht	19	49
1. Redaktionell motivierte Äußerungen	20	51
2. Geschäftlich motivierte Äußerungen	21	53
III. Medienrecht und digitale Vermittlungsdienste	22	55
1. Kein inhaltlich-journalistischer Filter	24	58
2. Kein rechtlicher Filter	26	63
3. Öffentlicher Dialog und Integration	27	65
IV. Medienrecht und Datenschutz	27	66
1. Datenschutzrechtliche Anforderungen im Überblick	28	68
2. Datenschutzprivileg für Medien	29	69
II. Teil: Grundbegriffe und Rechtsgrundlagen	31	73
§ 2 Grundrechtliche und gesetzliche Ausgangspunkte	31	73
A. Grundgesetz, Meinungsfreiheit	31	73

	Seite	Rdnr.
I. Kommunikationsfreiheiten, Vorfragen	31	73
II. Schutzbereich der Meinungsfreiheit	34	80
III. Schutzbereich der Informationsfreiheit	37	85
IV. Allgemeine Gesetze, Wechselwirkung	38	91
V. Jugendschutz	41	98
VI. Einzelfallabwägung	41	101
VII. Verbot der Vorzensur	43	106
B. Europäische Menschenrechtskonvention	46	112
C. Europäische Union	48	117
I. Art. 11 GR-Charta	48	117
II. Sekundärrecht	49	120
D. Deutsche Gesetze	51	124
I. Landesgesetzgebung und Grundgesetz	52	126
II. Einzelgesetze	53	127
III. Sonstige Gesetze und grundrechtliche Drittwirkung	54	130
§ 3 Printmedien	56	133
A. Rechtsgeschichtlicher Überblick	56	134
I. „Pressefrühzeit“	56	134
II. 19. Jahrhundert	57	137
III. Weimarer Republik	59	142
IV. NS-Diktatur	60	144
V. Alliierte Besatzung, Nachkriegszeit	62	148
B. Grundrechtlicher Schutz von Printmedien	63	151
I. Traditioneller verfassungsrechtlicher Pressebegriff, Schutzfunktionalität	63	151
II. Grundrechtsträger	65	154
III. Geschützte Tätigkeitsbereiche	65	156
1. Gründungsfreiheit	66	157
2. Publizistische Vorbereitungstätigkeit	66	158
3. Publizistische Freiheit, Tendenzfreiheit	67	159
4. Sonstige und unternehmerische Freiheiten	68	163
IV. Institutionelle Garantie	69	166
C. Gesetzliches Presserecht	70	170
I. Gesetzlicher Pressebegriff	71	171
II. Druckwerke	71	172
1. Grundelemente des Druckwerkbegriffs	72	174
2. Presseredaktionelle Zuliefererunternehmen	74	179
3. Amtliche und „harmlose“ Druckwerke	75	182
III. Periodische Druckwerke	76	185
1. Allgemeine Voraussetzungen	77	187
2. Zeitungen, Zeitschriften	78	189
IV. Presserechtlich relevante Personen	79	191
1. Verleger	79	191
2. Verantwortlicher Redakteur	80	193
V. Presserechtliche Pflichten	81	197

	Seite	Rdnr.
1. Impressum	81	197
2. Transparenz, Gegendarstellung, Ablieferung	82	199
VI. Kollisionsrechtliche Anwendbarkeit	83	202
§4 Rundfunk	84	204
A. Rechtsgeschichtlicher Überblick	84	204
I. Anfänge	84	204
II. NS-Zeit	85	207
III. Besatzungszeit	87	211
B. Rundfunkfreiheit des Grundgesetzes	88	213
I. Grundrechtsträger	88	214
II. Verfassungsrechtlicher Rundfunkbegriff	89	215
III. Rundfunkfreiheit als Abwehrrecht	91	220
IV. Rundfunkfreiheit als dienende Freiheit	93	224
1. Ausgangsaspekte	93	224
2. Fernsehen als audiovisuelles Leitmedium	94	228
3. Regelungsauftrag des Parlaments	96	230
V. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	97	234
1. Funktionsauftrag	97	234
2. Strukturprinzipien	99	238
VI. Privater Rundfunk	101	242
1. Allgemeines	101	242
2. Verfassungsrechtliche Anforderungen	102	245
C. Allgemeines und Kurzüberblick zum MStV	104	249
D. Gesetzlicher Rundfunkbegriff	105	252
I. Veranstaltung und Verbreitung von Angeboten für die Allgemeinheit	106	254
II. Bewegtbild/Ton	106	256
III. Journalistisch-redaktionelle Gestaltung	107	257
IV. Linearität	109	262
V. Mittels Telekommunikation	110	266
VI. Keine Freischaltung gegen Einzelentgelt	110	267
E. Angebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ...	111	268
I. Rundfunkprogramme	111	270
II. Telemedien	112	271
1. Allgemeine Anforderungen	112	272
2. Unzulässige Angebote	113	273
3. Telemedienkonzepte	114	275
III. Druckwerke	115	277
§5 Telemedien	116	278
A. Allgemeines	116	278
B. Grundrechtlicher Schutz, Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG	117	281
I. Öffentliche Aufgabe	117	282
II. Presse- oder Rundfunkmaßstäbe	118	284

	Seite	Rdnr.
1. Kein Kriterium: elektronische Verbreitung	119	286
2. Hauptkriterium: audio-visuelle oder textliche Informationsweise	119	288
3. Ergänzendes Kriterium: Linearität und linearitätsgleiche Wirkungen	120	290
C. Gesetzliches Telemedienrecht	121	293
I. Allgemeiner Begriff der Telemedien	122	294
II. Telemedienrechtliche Grundlinien des MStV	123	299
1. Unterschiedliche Kategorien von Telemedien	123	299
2. Kurzüberblick: Rechte, Pflichten, Impressum	124	303
III. Telemedien mit eigener journalistischer Verantwortung	125	307
1. Journalistisch-redaktionelle Gestaltung	125	308
2. Elektronische Presse	127	315
3. Andere journalistisch-redaktionell gestaltete Telemedien	129	319
4. Rundfunkähnliche Telemedien	130	321
5. Lineare fernsehähnliche Telemedien	130	323
V. Telemedien ohne eigene redaktionelle Verantwortung	131	325
1. Medienplattformen, Benutzeroberflächen	131	326
2. Medienintermediäre	133	331
 III. Teil: Redaktionsgeheimnisse, Beschaffung und Prüfung von Informationen	 137	 338
 § 6 Redaktionsgeheimnisse, journalistische Schutzzonen	 137	 338
A. Ausgangsfragen	137	338
B. Schutz der Recherchetätigkeit	138	340
C. Zeugnisverweigerungsrechte	139	343
I. Ausgangsfragen	139	343
II. Berechtigte	141	349
III. Erfasste Inhalte	142	352
1. Mitteilungen externer Dritter	142	352
2. Medieninterne Beteiligungen	143	354
3. Medieneigene Materialien und Wahrnehmungen	143	355
IV. Ausübung	144	357
D. Schutz im Zusammenhang mit Strafermittlungen	145	358
I. Beschlagnahme	145	358
II. Durchsuchung	146	362
III. Sonstige Maßnahmen	147	365
E. Vertraulichkeit der Redaktionsarbeit	147	366
F. Exkurs: mediale Geschäftsgeheimnisse	148	368

	Seite	Rdnr.
§ 7 Journalistische Informationsrechte	151	371
A. Ausgangsfragen	151	371
I. Rechte gegenüber dem Staat	152	376
II. Rechte gegenüber Privaten	153	378
B. Recht auf Zugang	153	379
I. Parlamentarische Verhandlungen	154	380
II. Gerichtsverhandlungen	154	381
1. Öffentlichkeitsgrundsatz	154	381
2. Allgemeine Zugangsgrenzen	155	382
3. Zugang für Medien	155	383
4. Erweiterte Medienöffentlichkeit	157	388
5. Ausschluss der Öffentlichkeit	157	389
6. Sitzungspolizeiliche Maßnahmen	159	394
III. Staatliche Informationsveranstaltungen	159	396
IV. Nicht öffentliche staatliche Vorgänge und Bereiche	160	399
V. Private Veranstaltungen	161	402
1. Sonderkonstellationen	162	404
2. Gesetzliche Sonderregelungen	163	409
C. Recht auf Einsicht in amtliche Verzeichnisse	164	410
I. Einsicht und berechtigtes Interesse	164	411
II. Ausgewählte sonstige Einsichtsrechte	165	415
D. Recht auf Auskunft	167	419
I. Landesmediengesetzliche Ansprüche	167	421
1. Anspruchsberechtigte	167	421
2. Anspruchsverpflichtete	168	422
3. Anspruchsinhalt	169	426
4. Auskunftsverweigerung	171	430
II. Verfassungsunmittelbarer Anspruch	172	432
III. Ansprüche ohne speziellen Medienbezug	173	435
E. Amtliche Bekanntmachungen	174	437
§ 8 Journalistische Sorgfalt	176	439
A. Ausgangsfragen	176	439
B. Prüfungspflichten	177	442
I. Prüfungspflichtige	177	443
II. Prüfungsgegenstand, Nachrichten	178	444
III. Vor der Verbreitung	179	446
IV. Prüfungsmaßstab, Wahrheit, Veröffentlichungs- befugnis	180	449
V. Gebotene Sorgfalt	181	452
1. Seriosität der Quelle	182	455
2. Schutzinteressen Betroffener	183	459
3. Einzelkonstellationen	184	464
C. Pflicht zu prüfungskonformer Darstellung	185	465
D. Spezielle Pflichten für elektronische Medien	186	470

	Seite	Rdnr.
IV. Teil: Vielfalt medialer Inhalte	189	475
§ 9 Publizistische Freiheit und Vielfalt	189	475
A. Meinungsfreiheit, öffentlicher Dialog und mediale Vielfalt .	189	475
I. Grundüberlegung: Marktplatz der Informationen und Meinungen	189	475
II. Andersdenkende	190	477
III. Gefährliche/schädliche Ansichten	191	478
IV. Kontrolle von und durch Medien	192	481
V. Grenzen, Gefahren, inakzeptable Alternativen	193	483
B. Presse und private journalistisch-redaktionelle Telemedien: Außenpluralismus	194	486
I. Gründungsfreiheit, publizistische Freiheit, Tendenzfreiheit	195	488
II. Ergänzende unternehmerische Freiheiten	197	494
C. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Binnenpluralismus	197	496
I. Programmauftrag	198	499
II. Programmfreiheit	200	505
III. Binnenplurale Organisation	200	507
D. Privater Rundfunk: Außen- und binnenplurales Konglomerat	202	511
I. Überblick, Ausgangsfragen	202	511
1. Zulassung	203	514
2. Landesmedienanstalten	205	519
II. Vielfaltsanforderungen an den privaten Rundfunk als Institution	205	520
III. Vorherrschende Meinungsmacht im Fernsehen	206	522
IV. Programm- und Tendenzfreiheit der Rundfunkveranstalter	208	528
E. Exkurs: Digitale Vermittlungsdienste	209	534
F. Einzelaspekte	212	541
I. Arbeitsrecht	212	541
1. Programmrelevante Mitarbeiter	213	545
2. Mitbestimmung, Betriebsverfassung	215	550
3. Streiks	216	552
II. Berücksichtigungsrechte Dritter	217	554
1. Berücksichtigung im redaktionellen Teil	218	557
2. Werbung	220	563
3. Wahlwerbung	221	566
4. Regierungsverlautbarungen	223	573
III. Bedrohungen durch Dritte	224	574
§ 10 Medienfinanzierung und publizistische Vielfalt	225	575
A. Ausgangsfragen	225	575
I. Finanzierung durch den Staat	225	576

	Seite	Rdnr.
II. Finanzierung durch Markterlöse	226	578
III. Finanzierung durch Beiträge	227	580
B. Entgelte für Werbung	227	581
I. Werbefinanzierung und publizistische Vielfalt	228	582
II. Begriff der Werbung	230	592
1. Werbung und redaktionelle Berichterstattung	230	593
2. Gegenleistungsbezug	231	596
III. Erkennbarkeit des Werbecharakters	232	599
1. Printmedien	233	603
2. Telemedien	234	606
3. Rundfunk	235	609
a. Einzelanforderungen	236	611
b. Schleichwerbung	236	612
c. Produkt- und Themenplatzierung, entsprechende Praktiken	237	614
IV. Zusätzliche Anforderungen an Werbung im Rundfunk	238	617
1. Werbeeinhalte	239	619
2. Werbung und meinungs- und informations- wichtige Sendungen	241	623
3. Werbeplatzierung	241	625
4. Werbevolumen, Werbezeiten	242	627
V. Werbungsbezogene Prüfungspflicht	243	630
C. Sponsoring	244	632
D. Teleshopping	245	637
E. Nutzerentgelte für mediale Produkte	246	639
I. Preisbindung für Printmedien	247	641
II. Pay-TV	248	643
F. Sonstige Nutzerentgelte	248	645
G. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	250	650
I. Marktferne Finanzierung	250	650
II. Unionsrecht	252	655
III. Rundfunkbeitrag	253	658
1. Bemessung, Verfahren	253	658
2. Beitragspflicht	254	661
IV. Sonstige Einnahmen	256	666
H. Exkurs: Digitale Vermittlungsdienste	257	671
§ 11 Ökonomischer Wettbewerb und publizistische Vielfalt	260	679
A. Ausgangsfragen	260	679
I. Vielfalt durch Marktwirtschaft und Wirtschaftsrecht	260	679
II. Medienbezogene Sonderregeln im Wirtschaftsrecht? ..	262	683
B. Schutz vor staatsmedialer Konkurrenz, kommunale Stadtportale	264	691
I. Grundproblematik	264	691

	Seite	Rdnr.
II. Rechtsbruch- und Generaltatbestand des UWG	266	695
C. Schutz vor breitenwirksamen ökonomischen Existenzbedrohungen	267	700
I. Bestand des Pressewettbewerbs	268	701
II. Werbeblocker	270	706
D. Schutz von Presseerzeugnissen	271	709
I. Grundbegriffe	272	711
II. Inhalt und Grenzen des Schutzrechts	273	713
E. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	274	716
I. Grundfreistellungstatbestand, Anzeigenkooperationen	274	717
II. Preisbindung, Pressegrasso	276	720
1. Überblick	276	720
2. Missbrauch	277	724
F. Marktbeherrschende Unternehmen	278	726
I. Behindern, Diskriminieren	279	727
II. Zugang zu Netzen/Infrastruktureinrichtungen	279	730
G. Fusionskontrolle	281	735
I. Grundanforderungen	281	735
II. Presse	283	740
1. Gesamtschau betroffener Märkte	283	740
2. Gesetzliche Sonderregeln	285	746
III. Rundfunk	286	749
IV. Mischfusionen	288	754
1. Kartellrecht	288	755
2. Medienrecht	289	759
V. Teil: Grenzen der Berichterstattung	293	762
§ 12 Äußerungsrechtliche Grundlagen	293	762
A. Rechtsgeschichtlicher Überblick	293	762
I. Kaiserreich, StGB und BGB	293	762
II. Bundesrepublik, Grundgesetz	294	763
B. Publizistische Formen der Berichterstattung	296	768
I. Einzelne Darstellungsweisen	296	769
II. Sprachberichterstattung	297	773
III. Bildberichterstattung	299	779
C. Inhalt und Auslegung der Berichterstattung	301	784
I. Grundsätzlicher Auslegungsmaßstab	301	785
II. Anforderungen im Einzelnen	303	790
1. Massenkommunikation, Verständnis der Adressatenschaft	303	790
2. Gesamteindruck, Äußerungszusammenhang	304	793

	Seite	Rdnr.
3. Informationsverhalten, journalistische Darstellungsweise	305	795
4. Mehrdeutige Angaben	306	798
III. Verdeckte Tatsachenangaben	308	803
IV. Auslegung von Bildern	309	806
1. Rückgriff auf korrespondierende Texte	310	808
2. Fotomontagen	311	812
D. Tatsachen	311	814
I. Begriff	312	816
1. Überprüfbarer Äußerungsinhalt	313	818
2. Angaben mit Mischcharakter	315	824
3. Einzel- und Gesamtaussagen	316	828
4. Angaben über mediale Quellen	317	831
II. Unzutreffende Angaben	318	835
1. Unwahrheit	319	837
2. Bilder	320	842
3. Zitate, Quellenangaben	321	844
III. Nicht erweislich wahre Angaben	322	847
IV. Unvollständige Angaben	324	853
V. Zutreffende Angaben	325	856
1. Geschützte und rechtswidrig erlangte Informationen	326	857
a. Abwägungskriterien	327	861
b. Teilverbote, Bilder	328	863
2. Verletzende Wahrheiten	329	866
E. Meinungen	330	868
I. Begriff, Ausgangsfragen	330	868
II. Grundsätzliche Zulässigkeit von Meinungs- äußerungen	332	873
III. Grenzen, Schmähung	333	877
1. Abwägung, Sonderkategorien	334	878
2. Sachbezug, begleitende Tatsachenangaben	335	881
3. Informationsinteressen	336	884
4. Betroffener der Äußerung	337	887
F. Konglomerate Inhalte, Fragen	337	889
G. Öffentliche Informationsinteressen	339	895
I. Ausgangsüberlegungen	340	898
II. Informationsinhalte	341	900
1. Demokratie	341	901
2. Wirtschaft	342	903
3. Integration, Unterhaltung	343	905
III. Einzelaspekte	344	909
1. Erfordernisse und Prozess der öffentlichen Meinungsbildung	344	909
2. Aktualität	346	914
3. Onlinearchive	347	916
IV. Kommerzielle und private Informationsinteressen ...	350	922

	Seite	Rdnr.
§ 13 Staatliche Schutzinteressen	352	926
A. Ausgangsfragen	352	926
I. Schutzzwecküberlegungen	352	926
II. Staatliche Einrichtungen	354	931
III. Schutzformen und Sanktionsmöglichkeiten im Überblick	355	933
IV. Schutz einzelner Amtsträger	356	936
B. Wahrheiten, Geheimhaltungsinteressen	356	937
I. Allgemeine Abwägungskriterien	358	940
II. Überblick zu Einzelregelungen	358	942
C. Unwahrheiten, üble Nachrede, Verleumdung	360	949
D. Herabsetzende Meinungsäußerungen	362	954
I. Spezielle Verunglimpfungen	362	956
II. Beleidigung	363	959
E. Gerichts- und Strafverfahren	364	962
I. Informationsinteresse	364	962
II. Gefahren	365	965
III. Ermittlungsverfahren, Anklageschriften, amtliche Schriftstücke	367	969
IV. Öffentliche Gerichtsverhandlungen, Urteils- verkündungen	369	972
1. Sprachberichterstattung	369	972
2. Ton- und Filmaufnahmen	369	974
a. Zweckrichtung und Legitimation des Verbots ..	370	975
b. Einzelheiten	371	978
3. Ordnung der Sitzung	372	981
V. Nicht öffentliche Verhandlungen	373	986
VI. Beratungs- und Abstimmungsgeheimnis	374	989
§ 14 Persönliche Schutzinteressen	375	990
A. Medienbezogene persönlichkeitsrechtliche Grundregeln ...	375	990
I. Schutzbedürfnis der Einzelperson	375	990
II. Anerkennung, Legitimation und Bedeutung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	376	994
III. Geschützte Personen	379	998
1. Einzelpersonen	379	998
2. Verstorbene	379	1000
3. Personenmehrheiten, Unternehmen, Einrichtungen?	380	1001
IV. Betroffenheit, Aktivlegitimation	381	1004
V. Überblick zur persönlichkeitsrechtlichen Prüfung und Gesamtabwägung	383	1009
B. Äußerungsschutzbegründende Abwägungskriterien	385	1013
I. Medienbezogene persönliche Schutzinteressen im Überblick	385	1013

	Seite	Rdnr.
II. Ausmaß der Beeinträchtigung	387	1018
1. Äußerungsinhalt	387	1018
2. Persönlichkeitssphären	387	1020
3. Eigenschaften und Situation des Betroffenen	389	1025
4. Mediale Veröffentlichungen	390	1026
5. Minderjährige, Eltern	391	1030
C. Äußerungslegitimierende Abwägungskriterien	393	1035
I. Meinungs- und Pressefreiheit	393	1035
II. „Selbstöffnung“	394	1037
1. Öffentliche Äußerungen	395	1039
2. Sonstiger Öffentlichkeitsbezug	396	1042
3. Rückzug aus der Öffentlichkeit	397	1045
III. Informationsinteresse an Personen	398	1046
1. Amtsträger, Politiker	398	1047
2. Prominente	399	1050
3. Begleiter, Angehörige	400	1053
D. Schutz der Selbstbestimmung	401	1056
I. Ausgangsfragen	401	1056
II. Persönlich-intellektuelle Selbstbestimmung	403	1060
1. Geheimes Ausforschen, innengerichtete Äußerungen	403	1061
2. Recht am gesprochenen Wort	404	1063
3. Recht am geschriebenen Wort	405	1067
4. Besonderen Berufsgruppen anvertraute Informationen	406	1070
5. Vertrauliche Informationen	407	1072
III. Bildliche Selbstbestimmung	407	1074
1. Ausgangsfragen	407	1074
2. Recht am eigenen Bild	408	1078
a. Bildnisse, Bilder	408	1078
b. Beeinträchtigung	410	1082
c. Zustimmung	410	1084
d. Zustimmungsberechtigung	412	1089
e. Bildnis der Zeitgeschichte, abgestuftes Schutzkonzept	413	1091
3. Amtsträger, Politiker	415	1097
4. Prominente	416	1101
5. Straftaten und Strafverfahren	418	1104
a. Verdächtige, Angeklagte, Straftäter	418	1104
b. Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte	419	1107
c. Zeugen, Verbrechensoffer	420	1110
6. Privatpersonen	421	1112
7. Sonstige Abbildungen	422	1114
E. Schutz des sozialen Achtungsanspruchs	423	1116
I. Unwahrheiten, Falschzitate	424	1119
II. Verdachtsberichterstattung	425	1122
III. Verletzende Wahrheiten	427	1126

	Seite	Rdnr.
IV. Schmähungen	429	1132
V. Satire	431	1136
1. Aussagekern	433	1139
2. Satirische Einkleidung	434	1141
§ 15 Unternehmerische und weitere zivilrechtliche Schutzinteressen	436	1144
A. Allgemeines	436	1144
B. Schutz vor Kreditgefährdung, § 824 BGB	436	1145
I. Allgemeine Voraussetzungen	437	1146
II. Berechtigtes Interesse, journalistische Sorgfalt	439	1152
C. Schutzinteressen von Unternehmen	440	1156
I. Schutzzwecküberlegungen	440	1156
II. Recht am Unternehmen	441	1158
1. Subsidiarität	442	1160
2. Unternehmerische Tätigkeit und Interessen	443	1163
3. Betriebsbezogenheit	444	1167
4. Gesamtabwägung	445	1168
5. Unternehmens- und Persönlichkeitsschutz	447	1171
III. Tatsachenberichterstattung	449	1178
1. Unwahre und wahre Angaben	449	1178
2. Innerbetriebliche Vorgänge	450	1181
3. Anprangern	452	1186
4. Sonderfall Kreditwürdigkeit	453	1188
IV. Schmähung	454	1191
V. Waren- und sonstige Tests	455	1195
1. Konglomerater Charakter von Warentests	455	1197
2. Sachkunde, Richtigkeitsbemühen	456	1199
3. Verwandte Konstellationen	457	1202
VI. Boykottaufrufe	458	1206
1. Beurteilungskriterien im Überblick	459	1209
2. Einzelfälle	461	1213
D. Schutzinteressen nichtunternehmerischer Einrichtungen ..	461	1216
I. Herabsetzende Unwahrheiten	463	1218
II. Herabsetzende Meinungsäußerungen	463	1220
§ 16 Exklusivrechte und Verwertungsinteressen	465	1222
A. Ausgangsfragen	465	1222
I. „Exklusivrechte“	465	1222
II. Exklusivrechte und Freiheit von Informationen	466	1225
III. Exklusivrechte und sonstige Beschränkungen	467	1230
B. Vertragliche Exklusivrechte	468	1232
I. Rechtswirksamkeit	468	1233
II. Rechtsfolgen	470	1237
C. Rechte von Urhebern	471	1240

	Seite	Rdnr.
I. Schutzvoraussetzungen	471	1242
1. Werkarten	471	1242
2. Werkanforderungen	472	1244
3. Entstehen des Schutzes	474	1250
4. Sprachwerke	475	1251
5. Fotografien	477	1256
6. Filme, Videoaufnahmen	479	1263
II. Rechte des Urhebers im medienbezogenen Überblick	480	1268
1. Urheberpersönlichkeitsrechte	480	1268
2. Verwertungsrechte	481	1272
III. Medienrelevante Erlaubnistatbestände/Schranken ...	484	1278
1. Allgemeines	484	1278
2. Panoramafreiheit, unwesentliches Beiwerk	486	1284
3. Öffentliche Reden über Tagesfragen	486	1286
4. Reden bei öffentlichen Verhandlungen	488	1292
5. Wiedergabe medialer Beiträge durch andere Medien	489	1294
a. Rundfunkkommentare, Zeitungsartikel	490	1297
b. Erlaubte Nutzungen, Nutzungsberechtigte ...	492	1301
6. Zitate	492	1303
7. Karikatur, Parodie, Pastiche	494	1309
8. Berichterstattung über Tagesereignisse	496	1314
a. Einzelne Voraussetzungen im Überblick	496	1315
b. Unionsrechtskonforme Anwendung	498	1320
9. Unveröffentlichte Werke	499	1324
D. Rechte von Veranstaltern	501	1327
I. Veranstalterschutz nach UrhG	501	1328
II. Allgemeiner Veranstalterschutz	502	1332
1. Rechtsgrundlage	502	1332
2. Reichweite, Abwägungsmaßstäbe	503	1334
III. Sonderregeln für die Fernsehberichterstattung	505	1337
1. Allgemeines	505	1337
2. Großereignisse	505	1339
3. Kurzberichterstattung	507	1343
a. Veranstaltungen, Ereignisse, Informationsinteresse	508	1347
b. Zugang	509	1349
c. Nachrichtenmäßige Kurzberichterstattung ...	509	1350
E. Sonstige Rechte (Überblick)	510	1352
I. Leistungsschutzrechte nach UrhG	510	1353
II. Wettbewerbsrecht	511	1357
III. Eigentum	512	1360
IV. Kommerzielle Persönlichkeitsinteressen	513	1362
§ 17 Allgemeinheitsinteressen (Überblick)	514	1364
A. Ausgangsfragen	514	1364
B. Öffentlicher Frieden	515	1367

	Seite	Rdnr.
C. Pornografie	516	1371
D. Menschenwürde	518	1374
E. Jugendschutz	519	1377
I. Ausgangsfragen	519	1377
II. Print-/Trägermedien	521	1382
III. Rundfunk	523	1388
IV. Telemedien, digitale Dienste	526	1393
VI. Teil: Macht und Kontrolle der Medien	529	1398
§ 18 Macht und Kontrolle der Medien	529	1398
A. Vierte Gewalt	529	1398
I. Medien, öffentliche Meinung und Politik	529	1398
II. Medien, Gesetzgeber und Rechtsprechung	530	1402
B. Ausgangsfragen: Vorrang, Gefahren und Kontrolle medialer Freiheiten	532	1406
I. Unwahrheiten	533	1409
II. Einseitigkeiten	535	1414
III. Ehrverletzungen	537	1421
1. Höllenfeuer-Entscheidung	538	1423
2. Bedenken	539	1425
C. Presse, journalistisch-redaktionell gestaltete Telemedien ...	540	1429
D. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	542	1435
I. Minimale externe Aufsichtskompetenzen	543	1436
II. Defizite	545	1439
E. Privater Rundfunk	545	1442
F. Straf-/Ordnungswidrigkeitenrecht und Kontrolle von Medien	547	1446
I. Allgemeines	547	1446
II. Presserechtliche Regelungen	548	1449
G. Zivilrecht und Kontrolle von Medien	550	1455
I. Beschränkung auf unmittelbar Betroffene	551	1456
II. Entscheidungsmöglichkeiten von Betroffenen	551	1458
III. Begrenzte Einbindung von Allgemeinheitsinteressen	552	1459
IV. Sonderfall Wettbewerbsrecht	553	1462
VII. Teil: Zivilrechtliche Ansprüche	555	1465
§ 19 Haftungsrechtliche Grundlagen	555	1465
A. Aktivlegitimation, Schutzzatbestände	555	1465
B. Ansprüche und Schutzstrategien	556	1470
I. Vermeiden von Öffentlichkeit	557	1471

	Seite	Rdnr.
II. Herstellen von Öffentlichkeit	557	1473
III. Finanzieller Ausgleich	558	1475
IV. Verzicht auf juristische Maßnahmen?	559	1477
C. Äußerungen mit und ohne Eigenpositionierung von Medien	559	1479
I. Behaupten	560	1482
II. Zu-eigen-Machen	561	1483
III. Verbreiten fremder Äußerungen	563	1488
IV. Einzel- und Sonderkonstellationen	565	1494
1. Parlamentsberichterstattung	565	1494
2. Pressespiegel	566	1496
3. Markt von Meinungen	566	1497
4. Fremdbeiträge	567	1499
V. Bedenken, Schutzinteressen Betroffener	568	1503
D. Grundregeln zur Passivlegitimation	569	1506
I. Zurechnung von Äußerungen	570	1507
II. Unterlassungstäterschaft von Mitarbeitern	572	1513
III. Haftung des Medienunternehmens	573	1515
1. Organhaftung	574	1518
2. Fiktionshaftung	575	1520
3. Einschaltung von Verrichtungsgehilfen	576	1525
E. Exkurs: Digitale Vermittlungsdienste	577	1528
§ 20 Schutz vor Öffentlichkeit	580	1532
A. Allgemeines	580	1532
B. Verletzungsunterlassungsanspruch	581	1535
I. Vermutung der Wiederholungsgefahr	581	1537
II. Ausräumung der Wiederholungsgefahr	582	1539
C. Vorbeugender Unterlassungsanspruch	583	1542
I. Allgemeines	583	1542
II. Erstbegehungsgefahr	584	1544
D. Reichweite und Inhalt der Unterlassungspflicht	586	1549
I. Identische und "kerngleiche" Beeinträchtigungen	586	1549
II. Geschuldete Verhaltensweisen	587	1554
E. Passivlegitimation, Störer	588	1556
I. Faktische Einflussmöglichkeit	589	1558
II. Unmittelbarer Störer	590	1559
III. Mittelbarer Störer	590	1560
F. Presserechtliche Informationsschreiben	592	1565
§ 21 Schutz durch Öffentlichkeit	594	1567
A. Allgemeines, Überblick	594	1567
B. Gegendarstellung	595	1571
I. Ausgangsfragen	595	1571
II. Rechtsgrundlagen	597	1576

	Seite	Rdnr.
III. Voraussetzungen, Ausschlussgründe	598	1578
1. Erfasste Medien	598	1578
2. Erstmitteilung	599	1580
3. Tatsache	601	1584
4. Weitere Anforderungen	602	1588
5. Fehlendes berechtigtes Interesse	603	1590
IV. Anspruchsberechtigung	604	1592
1. Jede Person oder Stelle	604	1592
2. Betroffenheit	606	1595
V. Anforderungen an die Gegendarstellung	607	1598
1. Inhalt	607	1598
2. Umfang	609	1604
3. Alles-oder-nichts-Grundsatz	609	1605
VI. Passivlegitimation, Veröffentlichung, Archivierung ..	610	1607
C. Widerruf, Berichtigung	612	1614
I. Ausgangsfragen	612	1614
1. Rechtsgrundlage	613	1618
2. Anspruchsvoraussetzungen im Überblick	613	1619
3. Anspruchsinhalte im Überblick	615	1623
4. Passivlegitimation, Abgrenzungen	616	1626
II. Widerruf	617	1629
1. Uneingeschränkter und eingeschränkter Widerruf	618	1630
2. Veröffentlichung des Widerrufs	619	1634
III. Berichtigung	620	1636
IV. Nachträgliche Mitteilung	621	1639
V. Schmähungen, verletzende Wahrheiten	622	1644
VI. Folgeberichterstattung	623	1647
§ 22 Entschädigung und Schadensersatz	624	1648
A. Allgemeines	624	1648
B. Entschädigung	624	1649
I. Schwere Persönlichkeitsverletzung zu Lebzeiten	626	1652
II. Kein anderweitiger Ausgleich	627	1657
III. Bemessung	629	1662
C. Schadensersatz	631	1667
I. Grundanforderungen	631	1667
II. Naturalrestitution durch Öffentlichkeit	632	1671
III. Vermögensschäden	633	1673
IV. Verletzung von Verwertungsinteressen	634	1674
V. Schadensvermeidung und -minderung	635	1679
Normenverzeichnis	637	
Stichwortverzeichnis	641	

Verzeichnis der wichtigsten Abkürzungen

a. A.	anderer Ansicht
aaO.	am angeführten Ort
ABl.	Amtsblatt
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
Abs.	Absatz
A. C.	Appeal Cases, Law Reports
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht/Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Amtsgericht
All E. R.	All England Law Reports
ALR	Allgemeines Landrecht (Preußen)
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ARD	Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands
ARD-StV	ARD-Staatsvertrag
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
BDH	Bundesdisziplinarhof
BDHE	Entscheidungen des Bundesdisziplinarhofs
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Bem.	Bemerkung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BG	Schweizerisches Bundesgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKartA	Bundeskartellamt
BLM	Bayerische Landeszentrale für neue Medien
BR-Drucks.	Bundesrats-Drucksache
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
Ch.D.	Chancery Devision
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
DDG	Gesetz über digitale Dienste
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drucks.	Drucksache
DSA	VO 2022/2065/EU über digitale Dienste, Digital Services Act
DSGVO	VO 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, Datenschutz-Grundverordnung
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum BGB
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EMFA	VO 2024/1083/EU über Medienfreiheiten, European Media Freedom Act
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
E. R.	English Reports
Erw.	Erwägungsgrund
etc.	et cetera
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechtezeitschrift
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f., ff.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FSF	Freiwillige Selbstkontrolle des Fernsehens
FSK	Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft
GeschäftsOBT	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GR-Charta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
H. L.	House of Lords
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JMStV	Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel

KEF	Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (§ 1 Abs. 1 RFinStV)
KEK	Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (§ 104 Abs. 5 MStV)
KJ	Kritische Justiz
KJM	Kommission für Jugendmedienschutz (§ 14 JMStV)
K&R	Kommunikation & Recht
KUG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
lat.	lateinisch
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
lit.	Buchstabe
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LPrG	Landespressegesetz
LPrG M-V	Landespressegesetz Mecklenburg-Vorpommern
LT	Landtag
MarkenG	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen (Markengesetz)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MDStV	Mediendienste-Staatsvertrag
m. E.	meines Erachtens
MMR	MultiMedia und Recht
MP	Media Perspektiven
M. R.	Master of the Rolls
MStV	Medienstaatsvertrag
MV	Mecklenburg-Vorpommern
mwN.	mit weiteren Nachweisen
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NDR-StV	Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilsachen
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report-Verwaltungssachen
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PresseG	Pressegesetz (Mustergesetz), in: Fechner/Mayer, Vorschriftensammlung Medienrecht, 19. Auflage 2024, Nr. 19.
Q. B.	Queens Bench Division, Law Reports
RBeitrStV	Rundfunkbeitragsstaatsvertrag
ReichspreßG	Reichsgesetz über die Presse
RFinStV	Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag
RGebStV	Rundfunkgebührenstaatsvertrag
Rn., Rdn.	Randnote
Rdnr., RdNr.	Randnummer, Randnummern
Rdz., Rz.	Randziffer
RG	Reichsgericht
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

RL	Richtlinie
Rspr.	Rechtsprechung
RStV	Rundfunkstaatsvertrag
RT	Reichstag
S.	Seite
SGG	Sozialgerichtsgesetz
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs
StGB	Strafgesetzbuch
str.	streitig
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StPO	Strafprozessordnung
StUG	Stasi-Unterlagen-Gesetz
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
taz	die tageszeitung
TKG	Telekommunikationsgesetz
UFITA	Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht / Archiv für Urheber- und Medienrecht
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz)
U. S.	United States Supreme Court Reports
UWG 1896	Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896
UWG 1909	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	versus
Verhdlg.	Verhandlungen
VersR	Versicherungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
VO	Verordnung
Vol.	Volume
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZDF-StV	ZDF-Staatsvertrag
ZfDR	Zeitschrift für Digitalisierung und Recht
ZGE/IP	Zeitschrift für Geistiges Eigentum Intellectual Property Journal
ZPO	Zivilprozessordnung
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

Literatur

Binder/Vesting	Binder, Reinhart; Vesting, Thomas: Beck'scher Kommentar zum Rundfunkrecht, 5. Auflage 2024
Bullinger	Bullinger, Martin: Freiheit von Presse, Rundfunk, Film, in: Isensee/Kirchhof, Handbuch des Staatsrechts, Bd. VII, 3. Auflage 2009, § 163
Burkart	Burkart, Roland: Kommunikationswissenschaft, 6. Auflage 2021
Damm/Rehbock	Damm, Renate; Rehbock, Klaus; Smid, Jörg F.: Widerruf, Unterlassung und Schadensersatz in Presse und Rundfunk, 3. Auflage 2008
Dörr/Kreile/Cole	Dörr, Dieter; Kreile, Johannes; Cole, Mark, D., Medienrecht – Recht der elektronischen Massenmedien, 3. Auflage 2022
Dreier	Brosius-Gersdorf, Frauke: Grundgesetzkommentar, Band I, 4. Auflage 2023; Dreier, Horst: Grundgesetzkommentar, Band II, 3. Auflage 2015
Dreier/Schulze	Dreier, Thomas; Schulze, Gernot: Urheberrechtsgesetz, 8. Auflage 2025
Dürig/Herzog/Scholz	Dürig, Günter; Herzog, Roman; Scholz, Rupert: Grundgesetz Kommentar, 2024
Fechner/Mayer	Fechner, Frank; Mayer, Johannes C.: Medienrecht Vorschriftensammlung, 18. Auflage 2023/24
Fricke	Fricke, Ernst: Recht für Journalisten, Presse – Rundfunk – Neue Medien, 2. Auflage 2010
Fromm/Nordemann	Nordemann, Axel; Nordemann, Jan Bernd; Czychowski, Christian: Urheberrecht, 13. Auflage 2024
Gersdorf	Gersdorf, Hubertus: Grundzüge des Rundfunkrechts, 2003
Gersdorf/Paal	Gersdorf, Huberts; Paal, Boris P.: Informations- und Medienrecht, 2. Auflage 2021
Götting/Lauber-Rönsberg/ Rauer	Götting, Horst Peter; Lauber-Rönsberg, Anne; Rauer, Nils: Beck OK Urheberrecht 2025
Götting/Schertz/Seitz	Götting, Horst-Peter; Schertz, Christian; Seitz, Walter: Handbuch des Persönlichkeitsrechts, 2. Auflage 2019
Grabenwarter/Pabel	Grabenwarter, Christoph; Pabel, Katharina: Europäische Menschenrechtskonvention, 7. Auflage 2021
Groß	Groß, Rolf: Presserecht, 3. Auflage 1999
Häntzschel	Häntzschel, Kurt: Reichspressgesetz, 1927
Herrmann/Lausen	Herrmann, Günter; Lausen, Matthias: Rundfunkrecht – Fernsehen und Hörfunk mit neuen Medien, 2. Auflage 2004
Hesse	Hesse, Albrecht: Rundfunkrecht, 3. Auflage 2003
Himmelsbach/Mann	Himmelsbach, Gero; Mann, Roger: Presserecht 2022
Hoeren/Sieber/Holznagel	Hoeren, Thomas; Sieber, Ulrich; Holznagel, Bernd: Handbuch Multimedia-Recht, Rechtsfragen des elektronischen Geschäftsverkehrs, 2024
Jarass	Jarass, Hans D.: Charta der Grundrechte der EU, 4. Auflage 2021

- Jarass/Pieroth
 Jarass, Hans D.; Pieroth, Bodo: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 18. Auflage 2024
- Kahl/Waldhoff/Walter
 Kahl, Wolfgang; Waldhoff, Christian; Walter, Christian: Bonner Kommentar zum Grundgesetz, 2021
- Kissel/Mayer
 Kissel, Otto Rudolf; Mayer, Herbert: Gerichtsverfassungsrecht, 10. Auflage 2021
- Korte
 Korte, Benjamin: Praxis des Presserechts, 2. Auflage 2019
- Kübler
 Kübler, Friedrich: Medien, Menschenrechte und Demokratie – Das Recht der Massenkommunikation, 2008
- Lewinski
 Lewinski, Kai von: Medienrecht, 2020
- Liesching
 Liesching, Marc: Beck OK Jugendschutzrecht, 2024
- Löffler
 Burkhardt, Emanuel H.: Presserecht, 7. Auflage 2023
- v. Mangoldt/Klein/Starck
 Huber, Peter M.; Voßkuhle, Andreas: Kommentar zum Grundgesetz, Bd. 1, 7. Auflage 2018
- Merten
 Merten, Klaus: Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Bd. 1: Grundlagen, 1999
- Merten/Schmidt/
 Weischenberg
 Merten, Klaus; Schmidt, Siegfried J.; Weischenberg, Siegfried: Die Wirklichkeit der Medien – Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, 1994
- Mitsch
 Mitsch, Wolfgang: Medienstrafrecht, 2012
- Münch/Kunig
 Münch, Ingo von; Kunig, Philip: Grundgesetz Kommentar, Band 1, 7. Auflage 2021
- Nikles u. a.
 Nikles, Bruno W.; Roll, Sigmar; Spürck, Dieter; Erdemir, Murad; Gutknecht, Sebastian: Jugendschutzrecht, Kommentar zum JuSchG und JMStV, 3. Auflage 2011
- Paschke/Berlit/Meyer/
 Kröner
 Paschke, Marian; Berlit, Wolfgang; Meyer Claus; Kröner, Lars: Hamburger Kommentar Gesamtes Medienrecht, 4. Auflage 2020
- Pürer
 Pürer, Heinz: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, 2. Auflage 2014
- Prinz/Peters
 Prinz, Matthias; Peters, Butz: Medienrecht – Die zivilrechtlichen Ansprüche, 1999
- RGRK
 Kommentar zum BGB, herausgegeben von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern, Band II, 5. Teil, §§ 812 – 831, 12. Auflage 1989
- Ricker/Weberling
 Ricker, Reinhart; Weberling, Johannes: Handbuch des Presserechts, 7. Auflage 2021
- Sachs
 Sachs, Michael: Grundgesetz Kommentar, 10. Auflage 2024
- Schönke/Schröder
 Schönke, Adolf; Schröder, Horst: Strafgesetzbuch, 30. Auflage 2019
- Schricker
 Schricker, Gerhard; Loewenheim, Ulrich: Urheberrecht, 6. Auflage 2020
- Seitz
 Seitz, Walter: Der Gegendarstellungsanspruch, 5. Auflage 2017
- Soehring/Hoene
 Soehring, Jörg; Hoene, Verena: Presserecht, 7. Auflage 2024
- Spindler/Schuster
 Spindler, Gerald; Schuster, Fabian: Recht der elektronischen Medien, 4. Auflage 2019
- Stöber
 Stöber, Rudolf: Deutsche Pressegeschichte, 2. Auflage 2005
- Wandtke
 Wandtke, Arthur-Axel: Medienrecht Praxishandbuch, Bd. 1 – 5, 2. Auflage 2011
- Wandtke/Bullinger
 Wandtke, Arthur-Axel; Bullinger, Winfried: 6. Auflage 2022
- Wenzel
 Wenzel, Karl Egbert; Burkhardt, Emanuel; Gamer, Waldemar; Strobl-Albeg, Joachim Ritter von: Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 6. Auflage 2018

I. Teil: Medienrecht als Rechtsgebiet

§ 1: Begriff, Grundlagen, Abgrenzungen

A. Medien und Medienrecht

I. Sonderrecht der Massenmedien

Das Medienrecht ist das Sonderrecht der Massenmedien. Unter Massenmedien versteht dieses Buch **Presse, Rundfunk und journalistisch-redaktionell gestaltete Telemedien**. Diese sind mit dem Wort „Medien“ etwas ungenau bezeichnet, weil damit ursprünglich allein das Mittel zum Transport gedanklicher Inhalte gemeint war, zum Beispiel die mündliche Sprache, Rauchzeichen, Briefe, Bücher, Telefon etc. („medius“ = lat.: in der Mitte stehend, dazwischenliegend). Das Wirken der genannten Massenmedien geht darüber hinaus. Sie sind nicht nur „Medium“, sondern auch „Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung“¹, indem sie in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Nachrichten beschaffen und verbreiten, Stellung nehmen, Kritik üben oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirken².

Die Massenmedien verlangen aufgrund ihrer verfassungsrechtlichen Stellung und ihrer Bedeutung für Demokratie und Gesellschaft nach besonderen rechtlichen Maßstäben.³ Dieses Sonderrecht basiert auf Prinzipien, Wertungen und Strukturen, die in Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG verfassungsrechtlich verankert sind, sich aus der öffentlichen Aufgabe der Massenmedien erklären und es von anderen Fächern unterscheiden. Es betrifft sämtliche Aspekte der publizistisch-redaktionellen Tätigkeit,⁴ namentlich alle Vorgänge, die mit dem Beschaffen, Prüfen, Bearbeiten und Bewerten von Informationen und dem Verbreiten von Nachrichten und Meinungen zusammenhängen. Dabei muss das Recht den Be-

¹ § 26 Abs. 1 Satz 1 MStV; BVerfG vom 28.2.1961 (Deutschland-Fernsehen), BVerfGE 12, 205, 260.

² § 3 PresseG (Fechner/Mayer, Vorschriftensammlung, Nr. 19).

³ Die Deutung des Medienrechts als ein Sonderrecht hat im Schrifttum inzwischen an Raum gewonnen. *Castendyk* in: Wandtke, Medienrecht Praxishandbuch, 2. Auflage 2011, Bd. 1, 2. Kap. § 2 Rn. 11 ff.; *Kübler*, Medien, Menschenrechte und Demokratie, S. 7; *Paschke* ZUM 1990, 209, 212 ff.; zum Presserecht ähnlich *Ricker/Licht* in: Ricker/Weberling, Handbuch des Presserechts, 1. Kap. Rn. 4 „das für die Presse wegen ihrer geistigen Wirkungskraft geltende Sonderrecht“. Tendenziell auch *Cole/Dörr* in: Dörr/Kreile/Cole, Handbuch Medienrecht, Rn. A 2 ff.; differenzierend *Lewinski*, Medienrecht, § 1 Rn. 78 ff.

⁴ BVerfG vom 6.10.1959, BVerfGE 10, 118, 121; BVerfG vom 5.8.1966 (Spiegel), BVerfGE 20, 162, 176; BVerfG vom 14.7.1994 (Strafverfahren Erich Honecker), BVerfGE 91, 125, 134.

sonderheiten der Massenkommunikation gerecht werden. Die massenhafte Verbreitung von medialen Veröffentlichungen verlangt nach eigenen Maßstäben und darf nicht mit sonstigen Äußerungen auf eine Stufe gestellt werden.

- 3 Digitale Vermittlungsdienste⁵, insbesondere **soziale Netzwerke**, sind nach diesem Verständnis kein Gegenstand des Medienrechts. Sie sind im Unterschied zu den traditionellen Massenmedien bloße Informationsvermittler, die Inhalte nicht selber auswählen, sondern lediglich automatisiert Angaben öffentlich machen, die Nutzer eingestellt haben. Sie unterliegen anderen rechtlichen Maßstäben, werden aber wegen ihres faktischen Potenzials für die Information und Meinungsbildung in Teilen berücksichtigt.
- 4 Die **Gegenansichten** lehnen die Deutung des Medienrechts als ein eigenständiges Gebiet ab. Die Studienliteratur beschreibt das Medienrecht meist als ein Gebiet, das sich in der bloßen Ansammlung unterschiedlicher Normen erschöpfe.⁶ Die presserechtlichen Werke definieren das Presserecht manchmal in ähnlicher Weise⁷ oder sehen von einer Definition ab⁸. Letzteres gilt auch für die rundfunkrechtliche Literatur⁹, die sich auf die Darstellung und Auseinandersetzung mit den rundfunkrechtlichen Vorschriften konzentriert. Diese Gegenpositionen schreiben Lehren aus dem Deutschen Reich und der Weimarer Republik fort, die das Presserecht als die Summe der Rechtsvorschriften definierten, die sich mit Presseerzeugnissen und Presseunternehmen befassen¹⁰. Sie vernachlässigen den verfassungsgeschichtlichen Wandel und die noch zu behandelnde öffentliche Aufgabe, die den Medien mit dem Übergang Deutschlands zur Demokratie zugewachsen ist und ohne die das moderne Medienrecht nicht denkbar ist. Was zu Kaisers Zeiten richtig war, lässt sich für die Medien nicht sachgerecht auf das Heute übertragen.

II. Rechtsgeschichtliche Skizze

- 5 Das Presserecht ist im 19. Jahrhundert vor allem unter dem Blickwinkel entstanden, dass Zeitungen gefährliche „emittierende Anlagen“ seien, vor denen der Staat und rechtschaffene Leute geschützt werden müssten. Das damalige Presserecht war eine Art Ordnungsrecht. Die Pressegesetze in den einzelnen Ländern des Deutschen Bundes sahen ihr hauptsächliches Regelungsziel darin, die mögliche Bestrafung verantwortlicher Personen sicherzustellen. Bei der Erarbeitung des nachfolgenden ReichspreßG von 1874 wurde zunächst noch von

5 Zum Begriff und zu weiteren Einzelheiten siehe Rdnr. 55 ff.

6 *Fechner*, Medienrecht, 22. Auflage 2023, 1. Kap. Rn. 1; *Lecheler* Jura 1998, 225; *Petersen*, Medienrecht, 5. Auflage 2010, § 1 Rz. 11 ff.

7 *Cornils* in: *Löffler*, Einl. Rn. 70 ff.; *Groß*, Presserecht, Rdn. 9.

8 *Himmelsbach/Mann*, Presserecht; *Korte*, Praxis des Presserechts; *Soehring/Hoene*, Presserecht.

9 *Binder/Vesting*, Rundfunkrecht; *Gersdorf*, Grundzüge des Rundfunkrechts; *Hesse*, Rundfunkrecht.

10 *Häntzschel*, Reichspreßgesetz, S. 1; in der Sache ebenso *Berner*, Lehrbuch des Deutschen Preßrechtes, 1876, S. 160 ff.; *Born*, Reichspreßgesetz, 4. Auflage 1931, S. 23 ff.

der Notwendigkeit gesprochen, die Presse von allen, „ihre gedeihliche Wirksamkeit hemmenden unwürdigen Beschränkungen zu befreien“¹¹, das schließlich verabschiedete Gesetz sah es aber gleichwohl als seinen vielleicht wichtigsten Zweck an, „gegen begangene Preßverbrechen und Vergehen eine wirksame Anwendung der Strafgesetze zu sichern“¹². Die Bedeutung der Presse für eine demokratische Gesellschaft interessierte im Kaiserreich wenig.

Die weitere Entwicklung wurde auf das Engste **durch verfassungsgeschichtliche und verfassungsrechtliche Zusammenhänge bestimmt**. Medien hatten und haben aus Sicht des Staates stets eine besondere Bedeutung. Veränderungen des Staatswesens und des Verfassungsrechts haben Veränderungen des Medienrechts zur Folge. Die Entwicklung des modernen Medienrechts wurde entscheidend durch den Übergang von der NS-Diktatur zur Demokratie und zum Grundgesetz sowie durch die Existenz der neu geschaffenen grundrechtlichen Garantien der Meinungsfreiheit, der Informationsfreiheit sowie der Presse- und Rundfunkfreiheit bestimmt.¹³ Der verfassungsgeschichtliche Wandel führte dazu, dass die Massenmedien zum Garanten von öffentlicher Information, öffentlicher Kontrolle und öffentlichem Dialog wurden, die für das Funktionieren eines demokratischen Gemeinwesens unverzichtbar sind. Das frühere Recht aus Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Zeit konnte diesen Aufgaben nicht gerecht werden.

Das Aufkommen moderner Massenmedien und das sie betreffende Recht sind ebenso mit **gesellschaftlichen und technischen Veränderungen** verknüpft. Massenmedien können nur entstehen, wirken und besonderen rechtlichen Beurteilungsbedarf aufkommen lassen, wenn sie die „Massen“ auch tatsächlich erreichen. Die Notwendigkeit eines speziellen Presserechts setzt eine Massenpresse voraus, die sich nur in einer Gesellschaft bilden kann, in der viele Menschen lesen können. In Deutschland entstand dieser Nährboden mit dem Aufkommen der allgemeinen Schulpflicht zu Beginn des 19. Jahrhunderts.¹⁴ Dagegen erfordern der Rundfunk und das Internet technische Möglichkeiten, die erst gegen Anfang und Ende des 20. Jahrhunderts aufkamen.¹⁵ Das Rundfunkrecht wurde bei seiner Entstehung wesentlich davon beeinflusst, dass die Zahl möglicher Sendefrequenzen begrenzt war und es daher nur wenige Rundfunkstationen geben konnte. Das Aufkommen und der Siegeszug von Internet und Smartphones sind ein neuerlicher Sprung. Sie haben die Informationsmöglich-

¹¹ *Antrag der Abgeordneten um Windthorst, betreffend den Erlass eines Reichspreßgesetzes*, vom 12.3.1873, Verhdlg. RT, 1. Legislaturperiode, IV. Session, 1873, Anlagen, Aktenstück Nr. 11, S. 35.

¹² *Motive zum ReichspreßG* vom 11.2.1874, Verhdlg. RT, 2. Legislatur-Periode, I. Session 1874, Dritter Band, Aktenstück Nr. 23, S. 138.

¹³ Siehe Rdnr. 14 ff., 148 f., 211 f.

¹⁴ *Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1800–1866: Bürgerwelt und starker Staat, 5. Auflage 1991, S. 451 ff. mwN., 587 ff. mwN. Siehe Rdnr. 137.

¹⁵ Siehe Rdnr. 204 ff.

keiten und das Informationsverhalten massiv verändert und stellen das Medienrecht vor neue Aufgaben.

- 8 Die Geburtsstunde des modernen Medienrechts in der Bundesrepublik war die **Einführung der Lehre von der Drittwirkung der Grundrechte** durch die Lüth-Entscheidung des BVerfG¹⁶. Sie verschaffte den seinerzeit noch neuen Wertentscheidungen des Grundgesetzes Relevanz für alle Gebiete des Rechts. Das ermöglichte und erleichterte es, **das frühere Recht aus Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Diktatur zu überwinden**, soweit es den neuen verfassungsrechtlichen Maßstäben nicht genügte. Auf diese Weise kam es zu einem grundlegenden Wandel in der Auslegung von Vorschriften vieler Rechtsgebiete, insbesondere wurde das Äußerungsdeliktsrecht massiv verändert¹⁷. Die Medien erhielten dadurch Möglichkeiten der Berichterstattung, die ihnen vorher nicht erlaubt waren.¹⁸

- 9 Am Anfang dieser Entwicklung stand die **Schaffung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts**. Der BGH erkannte es 1954 in der **Leserbriefe-Entscheidung** erstmals an, also zeitlich noch vor der Lüth-Entscheidung. Das Gericht leitete dieses Recht aus dem Verfassungsrecht ab, um einen Gleichklang des Zivilrechts mit den verfassungsrechtlichen Garantien der Menschenwürde und der freien Entfaltung der Persönlichkeit zu erreichen.¹⁹ Der BGH brach dadurch mit der Judikatur des RG²⁰, das ein solches Recht bis zuletzt abgelehnt hatte. Zugleich zog das Gericht damit die Konsequenz daraus, dass mit dem Fördern von Öffentlichkeit erhöhte Gefährdungen für die Persönlichkeit und namentlich die Ehre des Einzelnen verbunden sind, die zu Zeiten des RG keinen vergleichbaren Risiken ausgesetzt waren.²¹

- 10 1958 kam es zur **Lüth-Entscheidung**. Im Streitfall hatte der Senatsdirektor und Leiter der staatlichen Pressestelle in Hamburg die Filmverleiher, die Kinobesitzer und das Publikum dazu aufgerufen, den Film „Unsterbliche Geliebte“ zu boykottieren. Der Film war ein Comeback-Versuch eines Regisseurs, der Ende der 30er Jahre als Drehbuchautor und Regisseur an der Herstellung des antisemitischen Films „Jud Süß“ mitgewirkt hatte, der zur propagandistischen Vorbereitung des Holocausts diente. Die Herstellerin und die Verleiherin des Films hatten gegen den Boykottaufruf eine einstweilige Unterlassungsverfügung erwirkt, die das BVerfG jedoch aufhob. Die Verfassungsrichter begriffen die Meinungsfreiheit und die sonstigen Grundrechte über die traditionelle Abwehrfunktion hinaus als Ausdruck einer **objektiven Wertordnung**, die für alle Bereiche des Rechts gilt und auch bei der Auslegung gesetzlicher Anforderungen und der Anwendung zivilrechtlicher Generalklauseln, wie zum Beispiel § 826 BGB, zu beachten ist.²²

16 BVerfG vom 15.1.1958 (Lüth), BVerfGE 7, 198, 205, 208.

17 Vgl. etwa RG vom 11.12.1913 (Berliner Lokalanzeiger), RGZ 83, 362, 365 f. und BGH vom 21.6.1966 (Teppichkehrmaschine), GRUR 1966, 633 ff. Siehe auch Rdnr. 763 ff., 896 f. Nach *Deutsch* FS Klingmüller 1974, 49, 63 führen diese Neuerungen für Äußerungsdelikte „zum Niederbrechen sämtlicher bekannter Barrieren des Deliktsaufbaus: Tatbestand, Rechtswidrigkeit und Verschulden werden eins“.

18 Siehe Rdnr. 763 f.

19 BGH vom 25.5.1954 (Leserbriefe), BGHZ 13, 334, 338 mwN.

20 RG vom 7.11.1908 (Friedrich Nietzsche), RGZ 69, 401, 403; RG vom 12.5.1926, RGZ 113, 413, 414 f. mwN.

21 Siehe Rdnr. 762 f.

22 BVerfG vom 15.1.1958 (Lüth), BVerfGE 7, 198, 203 ff.; dazu eindrucksvoll *Kübler* KritV 2000, 313 ff.

Bereits 1959 erkannte die **Alte Herren-Entscheidung** das **öffentliche Informationsinteresse** an, zu dessen Wahrnehmung die Medien berechtigt sind und das Äußerungen legitimieren kann, die ansonsten rechtswidrig wären.²³ Im Streitfall ging es um den Bericht eines Nachrichtenmagazins über die Mitglieder einer akademischen Burschenschaft und Äußerungen über die Bedeutung von Konzentrationslagern während der NS-Zeit. Der BGH leitete die Rechtmäßigkeit der Äußerungen des Nachrichtenmagazins aus einer „erweiterten Anwendung des § 193 StGB“²⁴ ab und schuf so einen Rechtfertigungsgrund, den der Gesetzestext in dieser Form nicht kennt. Der BGH brach dadurch abermals mit der früheren Rechtsprechung. Das RG hatte der Presse kritische Berichterstattungen nur erlaubt, wenn der Verfasser eines Zeitungsartikels sich darin gegen einen Missstand wendete, von dem er selbst betroffen war.²⁵

III. Medien, Diktaturen, Freiheit und Demokratie

Die besonderen Maßstäbe des Medienrechts erklären sich im Kern aus der **staatspolitischen und gesamtgesellschaftlichen Bedeutung von Massenmedien**. Informationen können das Verhalten von Menschen beeinflussen und verändern. Medien sind in der Lage, die Menschen eines Landes mit einheitlichen und zugleich massenhaften Informationen zu versorgen. Das ist ein Instrument, das ganze Gesellschaften erreichen, beeinflussen und beherrschen kann.²⁶

Ein spektakuläres Beispiel ist die **deutsche Wiedervereinigung**. Es lässt sich durchaus überlegen, ob die Medien einen entscheidenden Einfluss auf das Geschehen hatten. Das Westfernsehen „bildete einen Artikulationsverstärker für die Oppositions- und Reformgruppen, stellte Öffentlichkeit über die Ausreise- und Fluchtbewegung, über Demonstrationen und Protestereignisse her und förderte damit das Entstehen eines kollektiven Oppositionsbewusstseins“²⁷. Die massenhafte Verbreitung von Informationen kann Solidarisierungs- und Unterstützungseffekte massiv begünstigen, die ohne die Basis einer gemeinsamen Informationsgrundlage nur schwer denkbar sind. In der Einschätzung eines DDR-Bürgerrechtlers²⁸ ging der Einfluss der Medien, insbesondere des Fernsehens, noch darüber hinaus. Es habe eine „massive Wechselwirkung zwischen tatsächlichem Ablauf und elektronischem Schein“ gegeben. Die aufgeregte Darstellung der Westmedien

²³ Siehe Rdnr. 895 ff.

²⁴ BGH vom 22.12.1959 (Alte Herren), BGHZ 31, 308, 312.

²⁵ RG vom 11.12.1913 (Berliner Lokalanzeiger), RGZ 83, 362, 365 f. Siehe Rdnr. 896.

²⁶ „Ich möchte glauben, dass die Erfindung des Radios größere Verantwortung mit sich bringt als die Erfindung der Atombombe. Denn Propaganda greift tiefer als Bomben. Die Bombe kann den Leib töten. Wer aber will, dass Bomben fallen, muss die Seelen der Menschen bewegen, mit deren stillschweigender Zustimmung die Bomben geworfen werden. Ich nenne das Radio deshalb nicht schlecht, aber verantwortungsvoll, denn es ist eines der Mittel, auf die Seelen der Menschen zu wirken. Wer es benutzt, muss wissen was er tut“, von Weizsäcker, 1950, zitiert nach Herrmann/Lausen, Rundfunkrecht, 2. Auflage 2004, § 1 Rn. 1.

²⁷ Hesse Rundfunk und Fernsehen 38 (1990), 328; siehe auch *Kepplinger* Communicatio Socialis. Internationale Zeitschrift für Kommunikation in Religion, Kirche und Gesellschaft 37 (2004), 139, 149.

²⁸ Reich DIE ZEIT vom 30.9.1994, S. 7.

habe einerseits die Anhänger des Systems gelähmt, andererseits bei den Regimegegnern und den von ihnen Mitgerissenen einen lawinenartigen Verstärkungseffekt erzeugt.

- 14 **Diktaturen** gehen mit der staatlichen Okkupation der Massenmedien einher, denn sie vertragen sich weder mit unabhängigen Medien noch mit der Meinungs- und Informationsfreiheit.²⁹ Solche Regime sind nicht an einer Kontrolle durch die Allgemeinheit und ebensowenig an einem ernsthaften öffentlichen Dialog interessiert. Sie verschaffen sich durch die staatliche Lenkung der Massenmedien ein machtpolitisches Instrument, das sie zu Propagandazwecken³⁰ bis hin zur Kriegsführung³¹ nutzen.
- 15 Diktaturen streben danach, die Möglichkeiten der Massenkommunikation für die Stützung der eigenen Herrschaft einzuspannen. *Hitler* maß der Presse schon 1925 eine ausschlaggebende machtpolitische Bedeutung zu.³² Der **Nationalsozialismus** betrieb unmittelbar nach der Machtergreifung die „Gleichschaltung“ der Medien. Eine zentrale Folge war, dass eine von Diktatoren stets gefürchtete öffentliche Kontrolle durch unabhängige Medien nicht stattfinden konnte. Es ist natürlich heikel zu fragen, ob der Holocaust erschwert oder gar verhindert worden wäre, wenn unabhängige Medien darüber in Deutschland öffentlich hätten berichten können. Gleichwohl dürfte doch als Minimalbefund anzunehmen sein, dass der Widerstand im Kleinen wie im Großen zumindest deutlich erleichtert worden wäre. Es macht einen Unterschied, ob Vorgänge durch Medien öffentlich gemacht werden. Die Veröffentlichung wirkt namentlich schweigenden Mehrheiten entgegen, die zwar um bestimmte Dinge wissen, sich aber nicht trauen, diese auch öffentlich zu thematisieren. Die **DDR** sah im Fernsehen vornehmlich ein

29 „... it is only through free debate and free exchange of ideas that government remains responsive to the will of the people and peaceful change is effected. The right to speak freely and to promote diversity of ideas and programs is therefore one of the chief distinctions that sets us apart from totalitarian regimes“, *Douglas J.*, *Terminiello v. Chicago*, 337 U.S. 1, 4 (1949).

30 „Der Rundfunk von heute hat kein anderes Ziel als der nationalsozialistischen Bewegung zu dienen; aber er hat die Pflicht, ihr richtig zu dienen. Mit einem Programm bloßer politischer Reden aber kann er ihr nicht in der richtigen Weise dienen, weil der Hörer, ermüdet durch die Anstrengung seiner Aufmerksamkeit, einfach abschalten würde ... Der Rundfunk, wie er heute ist, enthält sich nur scheinbar der Propaganda, er bringt sie indirekt“, *Hadamovsky*, *Der Rundfunk im Dienste der Volksverführung*, 1934, S. 22.

31 „Im modernen Krieg kämpft der Gegner nicht nur mit militärischen Waffen, sondern auch mit Mitteln, die das Volk seelisch beeinflussen und zermürben sollen. Eines dieser Mittel ist der Rundfunk. Jedes Wort, das der Gegner herübersendet, ist selbstverständlich verlogen und dazu bestimmt, dem deutschen Volk Schaden zuzufügen. Die Reichsregierung weiß, daß das deutsche Volk diese Gefahr kennt, und erwartet daher, dass jeder Deutsche aus Verantwortungsbewusstsein heraus es zur Anstandspflicht erhebt, grundsätzlich das Abhören ausländischer Sender zu unterlassen ...“, VO über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1.9.1939, RGBl I 1939, S. 1683.

32 „Es ist ein Staats- und Volksinteresse ersten Ranges, zu verhindern, daß diese Menschen in die Hände schlechter, unwissender oder gar übelwollender Erzieher geraten. Der Staat hat deshalb die Pflicht, ihre Erziehung zu überwachen und jeden Unfug zu verhindern. Er muß dabei besonders der Presse auf die Finger sehen ... [und] darf sich nicht beschwätzen lassen, seine Pflicht zu versäumen und der Nation die Kost vorzuenthalten, die sie braucht und die ihr gut tut“, *Hitler*, *Mein Kampf*, Bd. I, 1925, zitiert nach 39. Auflage 1935, S. 264.

„Agitationsinstrument“, dessen Hauptaufgabe darin bestand, „bei der geistigen Formung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft mitzuhelfen“³³. Zugleich versuchte sie während des Kalten Krieges, mit Hilfe des „Deutschen Freiheitssenders 904“ und des „Deutschen Soldatensenders 935“ in Westdeutschland verdeckt Propaganda zu betreiben.³⁴

Diktatorische Staaten versuchen weiterhin, vielfach schon schlichte Informationen als solche zu unterdrücken. Die Nationalsozialisten stellten das absichtliche Hören und das vorsätzliche Verbreiten ausländischer Radiosender unter Zuchthausstrafe.³⁵ Heute ermöglicht das Internet vielen Menschen in unfreien Staaten einen Zugang zu unzensurierten Nachrichten. In der Volksrepublik China wird diese Quelle unliebsamer Informationsmöglichkeiten beschränkt.³⁶ In Ägypten versuchte die frühere Mubarak-Regierung, Regimegegnern durch das Sperren von Internetverbindungen die Kommunikationswege und damit die Möglichkeit zur Organisation von Demonstrationen zu nehmen.³⁷

Freiheitliche Rechtsordnungen ziehen aus diesen Zusammenhängen die Konsequenz, Kommunikationsfreiheiten zu garantieren, um so für den Einzelnen Informations- und Meinungsvielfalt zu schaffen und die Massenmedien vor staatlicher Vereinnahmung zu schützen. Freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Medien sind ein „Wesenselement des freiheitlichen Staates“³⁸.

B. Sonderrecht und öffentliche Aufgabe der Massenmedien

I. Ausgangsfragen

Für die Medien gelten über die Meinungsfreiheit hinaus die Maßstäbe des **Art. 5 Abs. 1 Satz 2 BGB**, während sich Privatpersonen, digitale Vermittlungsdienste und sonstige Unternehmen allein auf die Meinungs- oder die Berufsfreiheit berufen können. Diese Sonderbehandlung erklärt sich aus der „die einzelne Meinungsäußerungen übersteigende Bedeutung der Presse für die freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung“³⁹. Das BVerfG sieht eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie als unentbehrlich

³³ Adameck, Der Deutsche Fernsehfunk, in: Verband der Deutschen Journalisten (Hrsg.), Journalistisches Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1960, S. 119; ders., Die Rolle des Fernsehens bei der Bewusstseinsbildung seiner Zuschauer, in: Einheit 11/1962, S. 75.

³⁴ Dazu Wilke/Sartoris in: Wilke (Hrsg.), Pressepolitik und Propaganda – Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg, 1997, S. 286 ff.

³⁵ VO über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1.9.1939, RGBl I 1939, S. 1683.

³⁶ Zur chinesischen Medienlandschaft und dem Internet Hart/Holznagel MMR 2013, 491 ff.

³⁷ Welcher FAZ vom 8.2.2011, S. T2.

³⁸ BVerfG vom 5.8.1966 (Spiegel), BVerfGE 20, 162, 174; BVerfG vom 6.11.1979 (Kölner Stadtanzeiger), BVerfGE 52, 283, 296 mwN.

³⁹ BVerfG vom 9.10.1991 (Kritische Bayer-Aktionäre), BVerfGE 85, 1, 12 mwN.

an.⁴⁰ Es spricht in diesem Zusammenhang von einer „**öffentlichen Aufgabe**“⁴¹ der Medien. Sie verschafft den Medien eine rechtlich „in gewisser Hinsicht bevorzugte Stellung“⁴² und ist der Schlüssel zum Verständnis des modernen Medienrechts.

- 19 Die öffentliche Aufgabe hat zum Gegenstand, dass Medien in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Nachrichten beschaffen und verbreiten, Stellung nehmen, Kritik üben oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirken.⁴³ Die Medien werden dabei zur „**Wahrung der Interessen der Öffentlichkeit**“⁴⁴ tätig und publizieren dazu sowohl selbst recherchierte, sozusagen eigene Informationen als auch Angaben aus fremden Quellen. Sie nehmen Drittinteressen wahr, weil und soweit sie auf die öffentliche Information und Meinungsbildung zielen und ökonomische oder persönliche Eigeninteressen demgegenüber im Hintergrund stehen. Nach dem medialen Selbstverständnis ist die Berichterstattung an journalistischer Relevanz und dem öffentlichen Informationsinteresse auszurichten. Demgegenüber können Private, digitale Vermittlungsdienste und sonstige Unternehmen zwar ebenfalls zur allgemeinen Meinungsbildung beitragen und einzelne Vorgänge von öffentlichem Interesse thematisieren. Sie nehmen ein legitimes Anliegen wahr, wenn sie ihre Eigeninteressen geltend machen. Eine journalistische Zielsetzung liegt darin aber nicht.

- 20 Das Postulat einer öffentlichen Aufgabe der Medien geht maßgeblich auf die **Spiegel-Entscheidung** des BVerfG und die „Spiegellaffäre“ zurück. Das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL hatte unter dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ einen Beitrag über eine Militärübung der NATO veröffentlicht. Daraufhin wurden im Herbst 1962 in einer spektakulär aufgezeigten Polizeiaktion unter dem Vorwurf des Landesverrats und der Beamtenbestechung der Herausgeber und mehrere Redakteure des Magazins festgenommen sowie Verlagsräume besetzt und durchsucht.⁴⁵ Der Vorwurf erwies sich später als haltlos.⁴⁶ Der hinter dem Vorgehen stehende politische Versuch, die Presse einzuschüchtern und eine kritische Berichterstattung zu behindern, löste eine schwere innenpolitische Krise aus. Das BVerfG gab der Verfassungsbeschwerde der Journalisten nur in

40 BVerfG vom 5.8.1966 (Spiegel), BVerfGE 20, 162, 174. „The function of the press is to explore and investigate events, inform the people what is going on, and to expose the harmful as well as the good influences at work. There is no higher function performed under our constitutional regime“, *Douglas J., Branzburg v. Hayes*, 408 U. S. 665, 722 (1972).

41 BVerfG vom 5.8.1966 (Spiegel), BVerfGE 20, 162, 175.; BVerfG vom 27.7.1971 (Mehrwertsteuer), BVerfGE 31, 314, 327 ff.; zuvor bereits BGH vom 22.12.1959 (Alte Herren), BGHZ 31, 308, 312. Zur öffentlichen Aufgabe *Cornils* in: Löffler, § 3 LPG Rn. 1 ff., 18 ff. mwN.; *Kübler*, Medien, Menschenrechte und Demokratie, S. 110 ff.; *Ricker/Licht* in: Ricker/Weberling, Handbuch des Presserechts, 3. Kap. Rn. 1 ff., 4 ff. mwN.

42 BVerfG vom 5.8.1966 (Spiegel), BVerfGE 20, 162, 176.

43 § 3 PresseG (Fechner/Mayer, Vorschriftensammlung, Nr. 19).

44 BGH vom 22.12.1959 (Alte Herren), BGHZ 31, 308, 312.

45 Zu Einzelheiten aus zeitgenössischer Sicht *Gresmann*, Spiegel-Affäre, Staats-Affäre, DIE ZEIT vom 2.11.1962, abgedruckt in: Dönhoff/Schmidt/Sommer (Hrsg.), ZEIT-Geschichte der Bonner Republik 1949–1999, 1999, S. 156 ff.; siehe auch *Kübler*, Medien, Menschenrechte und Demokratie, S. 108 f.

46 BGH vom 13.5.1965 (Bedingt abwehrbereit), NJW 1965, 1187 ff. wies die Eröffnung des strafgerichtlichen Hauptverfahrens zurück.

Teilen statt und hielt sie im Übrigen bei vier zu vier Richterstimmen für nicht begründet. Die Entscheidung hat gleichwohl wesentliche juristische wie rechtsgeschichtliche Bedeutung. Zum einen enthält sie grundlegende Ausführungen zur verfassungs- und staatsrechtlichen Bedeutung der Presse in einem demokratischen Gemeinwesen und zu deren „öffentlicher Aufgabe“⁴⁷. Zum anderen ist sie mit einem dramatischen öffentlichen und juristischen Bewusstseinswandel verbunden, der die weitere Entwicklung des Medienrechts entscheidend prägte.

Das **öffentlich-rechtliche Schrifttum** steht der Figur einer öffentlichen Aufgabe der Medien sehr kritisch gegenüber.⁴⁸ Man fürchtet, dass daraus spezielle Pflichten abgeleitet werden, die den Medien Freiheiten nehmen⁴⁹ oder sie gar in eine öffentlich gelenkte „Medienplanwirtschaft“ überführen. Die Vorsicht mag für das öffentliche Recht berechtigt sein. Der Terminus „öffentliche Aufgabe“ sendet hier vermutlich ungute Schlüsselreize aus. Er dürfte manchen Autor mit Sorge an die verfassungsrechtlichen Sondermaßstäbe denken lassen, die das BVerfG für den Rundfunk entwickelt hat.⁵⁰ Daneben mag auch die rechtsgeschichtliche Belastung dieses Begriffs⁵¹ Bedeutung haben. Aus **zivilrechtlicher Sicht** liegen die Dinge entscheidend anders. Hier war und ist die Annahme einer öffentlichen Aufgabe vielfach das zentrale Instrument, um eine Information der Allgemeinheit durch die Medien überhaupt erst zu ermöglichen und zu rechtfertigen.

Die öffentliche Aufgabe führt zu rechtlichen Anforderungen, nach denen Medien anders als in vordemokratischen Zeiten und vielfach auch anders als Privatpersonen und sonstige Unternehmen behandelt werden. Für Medien gelten nicht per se eigene Maßstäbe, wohl aber dann, **wenn und soweit dies im Interesse des Informations- und Meinungsbildungsprozesses geboten ist**.⁵²

Ein **Privileg** ist beispielsweise, dass Medienunternehmen einen besonderen Geheimnisschutz genießen. Die unbefugte Weitergabe interner Informationen kann allgemeine unternehmerische, aber auch spezielle redaktionelle Interessen verletzen, weil Medienunternehmen zum Schutz ihrer Informanten in eigener Weise auf Vertraulichkeit angewiesen sind.⁵³ Ohne diesen Schutz könnten Quellen versiegen, die den Medien das Erfüllen ihrer Kontrollaufgabe manchmal überhaupt erst ermöglichen. Einige Privilegien sind ausdrücklich gesetzlich normiert, zum Beispiel besondere Auskunfts-⁵⁴ und Zeugnisverweigerungsrechte⁵⁵, der erhöhte Schutz vor Beschlagnahmen und Durchsuchungen⁵⁶ oder die Nichtanwendbarkeit des Mitbestimmungsrechts⁵⁷ und bestimmter betriebsverfassungsrechtlicher Regeln⁵⁸.

⁴⁷ BVerfG vom 5.8.1966 (Spiegel), BVerfGE 20, 162, 174 ff.

⁴⁸ Frühzeitig bereits *Schnur* VVDStRL 22 (1965), 101, 113 ff.; *Rehbinder*, Presserecht, 1967, S. 23 „ideologische Floskel“, „Material für Festredner“.

⁴⁹ Z. B. *Bullinger* HStR Bd. VII, § 163 Rn. 73 ff.; *Grabenwarter* in: Dürig/Herzog/Scholz, Art. 5 Abs. 1 GG Rn. 8 f.; *Starck/Paulus* in: von Mangoldt/Klein/Starck, Art. 5 GG Rn. 146 ff. mwN.; *Streinz* AfP 1997, 857, 863 f. mwN.

⁵⁰ Siehe Rdnr. 224 ff.

⁵¹ Dazu *Bullinger* AfP 1995, 644 f. Siehe auch Rdnr. 145.

⁵² „... not to set newsmen apart as a favored class, but to bring fulfillment to the public's right to know“, *Douglas J.*, *Branzburg v. Hayes*, 408 U. S. 665, 721 (1972).

⁵³ BVerfG vom 25.1.1984 (Wallraff), BVerfGE 66, 116, 133 f. Siehe Rdnr. 338 ff., 366 f.

⁵⁴ Z. B. § 4 Abs. 1, Abs. 2 LPrG M-V. Siehe Rdnr. 421.

⁵⁵ §§ 53 Abs. 1 Nr. 5 StPO, 383 Abs. 1 Nr. 5 ZPO, 102 Abs. 1 Nr. 4 AO. Siehe Rdnr. 343 ff.

⁵⁶ §§ 97, 103 StPO. Siehe Rdnr. 358 ff.

⁵⁷ § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 MitbestG. Siehe Rdnr. 550.

⁵⁸ § 118 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG. Siehe Rdnr. 551.

- 24 Medien unterliegen aber auch **erhöhten Pflichten**, insbesondere der **journalistischen Sorgfalt**,⁵⁹ die über das für Private oder sonstige Unternehmen Geltende hinausgeht. Die öffentliche Meinung kann sich nämlich nur richtig bilden, wenn beispielsweise Leser zu treffend unterrichtet werden. Die Presse ist um ihrer Aufgabe bei der öffentlichen Meinungsbildung willen gehalten, Nachrichten und Behauptungen, die sie weitergibt, auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen.⁶⁰

II. Massenkommunikation

- 25 Die Ausgangsbasis der öffentlichen Aufgabe ist, dass Medien Massenkommunikation betreiben, also Informationen massenhaft zugänglich machen. **Öffentliche Information und Meinungsbildung lassen sich nur massenmedial erreichen.** Durch bloße Gespräche im trauten Kreis oder in anderen Formen der Individualkommunikation können sie nicht hergestellt werden. Wenn Millionen Bürger in der Lage sein sollen, bei der Bundestagswahl eine informierte Entscheidung zu treffen, dann müssen Informationen auch millionenfach zugänglich gemacht werden. Ebenso mag der Einzelne den Sitzungen des Bundestags unmittelbar beiwohnen und sich selbst informieren können, für die Gesamtheit der Bevölkerung steht dieser Weg aber nicht offen. Sie ist auf Übertragungen und Berichte aus dem Parlament angewiesen und erhält so Informationen, die ihr sonst nicht zugänglich wären. Diese **Multiplikatorwirkung** verschafft den Massenmedien eine besondere Bedeutung und verlangt nach anderen rechtlichen Maßstäben, als sie für die Individualkommunikation sachgerecht sind.
- 26 Die Massenkommunikation hat zugleich gravierende Kehrseiten. Sie gibt dem Kommunikator keine direkte Rückkoppelung und ist im Vergleich zur Individualkommunikation eine eher unsichere Form der Übermittlung⁶¹. Vor allem aber **beeinträchtigen Äußerungen umso stärker, je größer ihr Verbreitungsgrad ist.**⁶² Das macht Veröffentlichungen in den Medien für den Betroffenen typischerweise besonders schwerwiegend.⁶³ Ein Beispiel sind Mitteilungen, die den Kredit des Betroffenen gefährden.⁶⁴ Wenn etwa ein Bankmitarbeiter die Aussagen guten Gewissens und in einem vertraulichen Rahmen macht, dann kann eine Haftung der Bank gegenüber dem Betroffenen selbst dann ausscheiden, wenn die Auskunft unrichtig war. Wird die Äußerung dagegen weithin öffentlich gemacht, so dass sie sehr viele Personen erreicht oder im Extremfall einen sogenannten Ban-

59 §§6 Abs. 1, 19 Abs. 1 MStV, 5 Satz 1 PresseG (Fechner/Mayer, Vorschriftensammlung, Nr. 19). Siehe Rdnr. 439 ff.

60 BVerfG vom 25.1.1961 (Auf der Wolga verhaftet), BVerfGE 12, 113, 130.

61 Nach Schreiber, Repetitorium Kommunikationswissenschaft, 3. Auflage 1990, S. 132 wird eine Kommunikation umso präziser, je mehr Kommunikationskanäle bei ihr zusammenwirken.

62 BVerfG vom 23.2.2000, NJW 2000, 2413, 2415.

63 BGH vom 22.12.1959 (Alte Herren), BGHZ 31, 308, 313; BVerfG vom 25.1.1961 (Auf der Wolga verhaftet), BVerfGE 12, 113, 130; BGH vom 21.6.1966 (Teppichkehrmaschine), NJW 1966, 2010, 2011. Siehe Rdnr. 1026 ff.

64 Siehe etwa BGH vom 3.11.1977 (DEGIB), WM 1978, 62, 63 zu § 824 BGB; ausdrücklich § 4 Nr. 2 UWG „vertrauliche Mitteilungen“.

Normenverzeichnis

AEUV

Art. 101 Abs. 1	716
Art. 101 Abs. 3	717
Art. 102 Abs. 1	726
Art. 107 Abs. 1	269, 655

BGB

§ 30	1522
§ 31	1522
§ 31 analog	1518, 1520
§ 107	1089
§ 134	1430, 1446
§ 138 Abs. 1	1233
§ 242	1589
§ 249 Abs. 1	1671
§ 252 Satz 2	1674
§ 253	1651, 1664
§ 254	1661, 1679
§ 254 Abs. 2 Satz 1	1679
§ 183 Satz 1	1085
§ 314	1088
§ 615	549
§ 823 Abs. 1	891, 984, 994, 996 ff., 1158 f., 1335, 1650
§ 823 Abs. 2 Satz 1	1161, 1412, 1430, 1446
§ 824	839, 891, 932, 1145, 1147, 113, 1161, 1178, 1197, 1209
§ 824 Abs. 1	1146 f., 1150, 1154, 1667, 1672
§ 824 Abs. 2	896, 897, 1152
§ 826	10, 95, 407, 996, 1162
§ 831	1519, 1526 f.
§ 831 Abs. 1 Satz 1	1525
§ 831 Abs. 1 Satz 2	1524 f.
§ 1004 Abs. 1 Satz 1	72, 404, 1618
analog	
§ 1004 Abs. 1 Satz 2	1532, 1542
§ 1004 Abs. 1 Satz 2	
analog	1532, 1556
§ 1004 Abs. 2	1535

DRiG

§ 43	989
------	-----

DSA

Art. 4 ff.	1528, 1531
------------	------------

DSGVO

Art. 17 Abs. 1	72
Art. 85 Abs. 2	69 f.

EMRK

Art. 6 Abs. 2	1105, 1124
Art. 10	112, 967
Art. 10 Abs. 1	113, 118 f.
Art. 10 Abs. 2	114 ff.

GBO

§ 12 Abs. 1 Satz 1	412
--------------------	-----

GG

Art. 1 Abs. 1 Satz 1	1017
Art. 1 Abs. 3	425, 931
Art. 2 Abs. 1	1017, 1589
Art. 3 Abs. 1	376, 398, 408, 438, 562
Art. 5 Abs. 1	73, 369, 408, 791, 971, 1489
– Erfasste Kommunikationsfreiheiten	73
– Gemeinfreiheit von Informationen	1227
Art. 5 Abs. 1 Satz 1	80, 100, 105, 723, 814,
Alt. 1	872
– Boykottaufruf	1215
– Schutzbereich	80 ff.
– Werbung	619
Art. 5 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2	85 ff., 371, 420
Art. 5 Abs. 1 Satz 2	127, 130, 281 f., 372, 376, 395, 404, 413
– Aussageverweigerungsrecht	347, 351
– Autorenschutz	354
– Erfasste publizistische Tätigkeiten	340
– Gleichbehandlung im publizistischen Wettbewerb	396
– Innere Medienfreiheit	542
– Institutionelle Garantie	166 ff., 577, 703
– Öffentliche Aufgabe der Medien	2, 18
– Quellenschutz	343
– Telemedien	283 ff.
– Verfassungsunmittelbarer Auskunftsanspruch	168, 432
– Vertraulichkeit der Redaktionsarbeit	366
Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1	133, 151, 172
– Elektronische Presse	219

– Erfasste Tätigkeitsbereiche 156 ff.		GWB	
– Grundrechtsträger 154 f.		§ 1	716, 718
– Institutionelle Garantie 166 ff.		§ 2 Abs. 1	717 f., 723
– Pressebegriff 151 ff., 284 ff.		§ 18 Abs. 2a	750
Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Alt. 2 213		§ 19 Abs. 1	726
– Dienende Freiheit 224 ff.		§ 19 Abs. 2 Nr. 1	727
– Berichterstattung 216		§ 19 Abs. 2 Nr. 4	730
– Funktionsauftrag 234 ff.		§ 30	724
– Grundrechtsträger 214		§ 30 Abs. 1 Satz 1	720
– Leitmedium 228 f.		§ 30 Abs. 2a	720, 723
– Privater Rundfunk 242 ff.		§ 36 Abs. 1 Satz 1	735
– Regelungsauftrag des Parlaments 230 ff.		§ 36 Abs. 1 Nr. 1	738
– Rundfunkbegriff 215 ff., 284 ff.		§ 36 Abs. 1 Nr. 3	748
Art. 5 Abs. 1 Satz 3 106, 111		§ 38 Abs. 3	747
Art. 5 Abs. 2 74, 89, 94, 107, 571		§ 42 Abs. 1 Satz 1	739
– Allgemeines Gesetz 92 f.		HGB	
– Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit 231		§§ 325 ff.	1189
– Einzelfallabwägung 101 ff.		IFG	
– Gerichtsverfassungsnormen 983		§ 3 Nr. 8	436
– Jugendschutz 98 ff.		JMStV	
– Wechselwirkung 94		§ 4	1388
Art. 5 Abs. 3 1137, 1371		§ 5	1390
Art. 6 1001		§ 6	1391
Art. 19 Abs. 3 1001		JuSchG	
Art. 12 Abs. 1 368		§ 15	1383
Art. 20 Abs. 3 1124		§ 18	1383
Art. 21 562, 571 f., 1398		§ 24a	1397
Art. 42 Abs. 1 Satz 1 380		KUG	
Art. 42 Abs. 3 445, 778, 1494		§ 22	984, 1075
Art. 52 Abs. 3		§ 22 Satz 1	1078, 1082
Satz 3 GG 380		§ 23	984, 1075
Art. 70 Abs. 1 GG 124		§ 23 Abs. 1 Nr. 1	1091
Art. 73 Nr. 7 GG 125		§ 33	1085
Art. 87 f Abs. 1 125		LPrG M-V/PresseG	
Art. 123 150		§ 4 Abs. 1, Abs. 2	421
GR-Charta		§ 4 Abs. 3	430
Art. 7 921		§ 4 Abs. 5	437
Art. 8 921		§ 5 Satz 1	442
Art. 11 117		§ 6 Abs. 1	173 ff.
Art. 11 Abs. 1 118		§ 6 Abs. 2	179 ff.
Art. 11 Abs. 2 119		§ 6 Abs. 3 Nr. 1	183
GVG		§ 6 Abs. 3 Nr. 2	184
§ 169 Abs. 1 Satz 1 381		§ 6 Abs. 4	187
§ 169 Abs. 1 Satz 2 972, 974, 976, 980, 981		§ 7 Abs. 1	198
§ 169 Abs. 1 Satz 3 388		§ 8 Abs. 1	194
§ 172 Nr. 1 389		§ 9 603	
§ 174 Abs. 2 987		MStV	
§ 175 Abs. 2 391		§ 2 Abs. 1 Satz 1	253
§ 176 394, 972, 981, 983, 984			
§ 177 394			

§ 2 Abs. 1 Satz 2	255
§ 2 Abs. 1 Satz 3	294
§ 2 Abs. 2 Nr. 13	321
§ 2 Abs. 2 Nr. 14	327, 333
§ 2 Abs. 2 Nr. 15	329
§ 2 Abs. 2 Nr. 16	332
§ 2 Abs. 3	267
§ 5 Abs. 1 Satz 1	421, 430 f.
§ 5 Abs. 1 Satz 2	430
§ 5 Abs. 3	437
§ 6 Abs. 1 Satz 3	442
§ 8 Abs. 1	619
§ 8 Abs. 2	617
§ 8 Abs. 4	626
§ 8 Abs. 7	612, 615
§ 8 Abs. 8	623
§ 8 Abs. 9	620
§ 9 625	
§ 10	636
§ 13	1339
§ 14	1343
§ 18 Abs. 4	421, 437
§ 17 Satz 1	303
§ 18 Abs. 1	304
§ 18 Abs. 2	304
§ 19 Abs. 1 Satz 1	315 f., 332 f.
§ 19 Abs. 1 Satz 2	319 f., 322
§ 19 Abs. 1 Satz 3	442
§ 22	606
§ 26 Abs. 1, Abs. 2	501
§ 27 Abs. 1 Satz 2	268, 277
§ 30 Abs. 5	273
§ 30 Abs. 7	274
§ 32 Abs. 1 Satz 1	275
§ 32 Abs. 4 Satz 2	276
§ 34 Abs. 1	658
§ 35 Satz 1	650, 666
§ 36 Abs. 1	658
§ 39	627
§ 40 Abs. 1 Satz 2	668
§ 59 Abs. 1	520
§ 60 Abs. 1	523, 760
§ 60 Abs. 2	522 f., 761
§ 60 Abs. 2 Satz 1	523
§ 60 Abs. 2 Satz 2	759
§ 68 Abs. 2	567
§ 74 Satz 1	322
§ 74 Satz 2	323
§ 114	129

ParteiG

§ 5 Abs. 1 Satz 1	562, 567
-------------------	----------

RBeitrStV

§ 2 Abs. 1	661
------------	-----

§ 5 Abs. 1 Satz 1	663
-------------------	-----

StGB

§ 37	445, 778, 1494
§ 90	958
§ 90a Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2	957
§ 90b	958
§ 93 Abs. 1	943
§ 95	942
§ 130	1367
§ 130a	1369
§ 131	1370
§ 185	959
§ 186	847, 849, 891, 950
§ 187	950
§ 193	11, 763
§ 201a	1074
§ 203	1070
§ 203 Abs. 2	431, 947
§ 211	800
§ 353b	945
§ 353b Abs. 1 Satz 1	946
§ 353b Abs. 3a	359
§ 353d Nr. 1	987
§ 353d Nr. 2	988
§ 353d Nr. 3	969, 1467

StPO

§ 53 Abs. 1 Nr. 5	347
§ 93 Abs. 1	943
§ 95	942
§ 98 Abs. 1 Satz 2	364

TKG

§ 3 Nr. 61	298
§ 3 Nr. 63	298

UrhG

§ 2 Abs. 1	1242
§ 2 Abs. 2	1244
§ 6 Abs. 1	1325
§ 6 Abs. 2	1298
§ 15 Abs. 2	1082, 1302
§ 15 Abs. 3	1082
§ 42 Abs. 2, Abs. 3	1088
§ 48 Abs. 1 Nr. 1	1286
§ 48 Abs. 1 Nr. 2	1292
§ 49	1496
§ 49 Abs. 1 Satz 1	1252, 1294
§ 49 Abs. 2	1227
§ 50	920, 1287, 1314, 1315, 1321, 1324
§ 51 Satz 1	1303
§ 51 Nr. 1 – 3	1304

§ 51a 1309
§ 57 1287
§ 59 1284, 1361
§ 81 1328, 1331
§ 87f 709

UWG

§ 2 Abs. 1 Nr. 2 51 ff.
§ 3 Abs. 1 699

§ 3a 169, 695, 698, 1366,
1430, 1446, 1463
§ 6 1201
§ 9 Abs. 3 54, 1669

ZPO

§ 383 Abs. 1 Nr. 5 347 ff.
§ 446 850

Stichwortverzeichnis

Abgestuftes Schutzkonzept 1091 ff.

Abhören

– siehe: Recht am gesprochenen Wort

Ablieferungspflicht 200 f., 203

Abwägung

– Informationsinteressen 152, 895 ff., 1046

– Meinungsfreiheit 101 ff., 878 ff.

– Persönlichkeitsinteressen 103 f., 1013 ff., 1093 ff.

– Unternehmerische Interessen 1168 ff., 1334 ff.

– Unterhaltungsinformation 908

– Widerruf 1624, 1630

Achtungsanspruch, sozialer siehe: Persönlichkeitsrecht

Afghanistan 797, 1321 f.

Akteneinsicht siehe: Auskunftsanspruch

Aktivlegitimation siehe: unmittelbar Betroffener

Aktualität

– Bücher 186

– Gegendarstellungsrecht 1611

– Informationsinteresse 914 f.

– Massenmedien 35

– Onlinearchive 916 ff.

– Rundfunk 229, 266

– Telemedien 287

– Urheberrecht 1279, 1286, 1294, 1315 f.

Algorithmen

– Fehlende journalistische Qualität 59 f., 310, 310, 536, 676 f.

– Informationsgewinnung 673

– Medienintermediäre 333

– Meinungsfreiheit 83

– Personalisierung von Informationen 56, 65, 538, 675

Allgemeine Gesetze 92 ff., 95, 571

Allgemeines Persönlichkeitsrecht siehe: Persönlichkeitsrecht

Allgemein zugängliche Quellen siehe: Quelle

Amtliche Bekanntmachung 437 f.

Amtliche Druckwerke siehe: Druckwerke

Amtliche Verlautbarung 573

Amtsträger 1417, 936, 945, 947, 959, 962, 1047 ff., 1097 ff.

Anklageschrift siehe: Gerichtsbericht-
erstattung

Anonymität 61, 105, 158, 194 f., 197, 339, 343, 354, 1524

Anprangern 48, 878, 883, 994, 1018 f., 1086, 1104, 1117, 1136, 1174, 1186 f.

Anzeigen

– Anspruch auf Abdruck/Sendung 563 ff.

– Anzeigenmarkt 565, 681, 740 f., 745, 756, 758

– Anzeigenteil der Presse 164

– Aussageverweigerung über Anzeigenteil 353 f.

– Füllanzeigen 688

– Kennzeichnungspflicht 199, 603 ff.

– Kooperation zwischen Medienunternehmen 717 ff.

– Prüfungspflicht 464, 1501 f.

– Trennung von Text und Anzeigenteil 603 ff.

Anzeigenblätter 583, 598, 704

– Druckwerk 184

– Gratisverteilung 703 f.

– Prüfungspflicht 631

– Zeitung 190, 746

Arbeitsrecht

– Befristete Arbeitsverhältnisse 546

– Betriebsverfassungsrecht 551

– Innere Medienfreiheit 542 ff.

– Pflicht zur Tendenztreue 549

– Streiks 552 f.

– Tendenzbedingte Personalentscheidungen 551

– Weisungsrecht 547 f.

Auflagen-Anzeigen-Spirale 680 f.

Aufsicht

– Fachaufsicht 1436, 1442

– Öffentlich-rechtlicher Rundfunk 1435 ff.

– Privater Rundfunk 1442 ff.

– Rechtsaufsicht 1436 f., 1445

– Telemedien 1442

Augenbalken 1079

Auschwitzlüge 1368

Auseinandersetzungsinteresse 35, 770, 1278, 1309, 1334

– Bilder 1305 f.

- Soziale Netzwerke 65
- Zitate 35, 1231, 1303 ff.
- Außenpluralismus 28, 162, 303, 508 ff., 535
- Auskunftsanspruch 419 ff.
- Auskunftsverpflichtete 422 ff., 434
- Gegenüber Privaten 424
- Gegenüber staatlichen Stellen 168, 422 ff.
- Inhalt 426 ff.
- Gesetzlicher 421 ff.
- Stasi-Unterlagen siehe dort
- Verfassungsrechtlicher 432 ff.
- Verweigerung 430 f.
- Auslegung medialer Äußerungen 785 ff.
- Adressatenkreis 790 ff.
- Bilder 806 ff.
- Deliktsrecht 786 f.
- Gesamteindruck 793, 803, 808
- Massenkommunikation 791
- Medienspezifische Anforderungen 795, 797
- Onlinebeiträge 797
- Satire 1139 ff.
- Stolpe-Doktrin 798 ff.
- Strafrecht 786 f.
- Verfassungsrecht 788 f.
- Zitate 832 ff.
- Aussageverweigerungsrecht der Medien 23, 222, 343 ff.
- Ausübung 357
- Berechtigte 349 ff.
- Inhalt 352 ff.
- Gesetzliche Grundlagen 347 f.
- Authentizität 62, 219, 229, 288, 379, 769, 777 ff., 813, 1066
- Autocomplete-Funktion siehe: Suchergänzungsfunktion
- Autorenschutz 354
- Behaupten 1482
- Begleiter 1053 f.
- Beihilfekompromiss 269, 506, 657, 667
- Beleidigung 96, 873, 884, 959 ff., 1015, 1132 ff., 1495, 1503
- Benutzeroberflächen 329 f.
- Berechtigtes Interesse 411 ff., 836, 849, 895 ff., 916, 962, 1035 ff., 1152 f., 1374, 1534
- Fehlendes 1590 ff.
- Berichterstattung
 - siehe: Bildberichterstattung, Folgeberichterstattung,
- Gerichtsberichterstattung, Liveberichterstattung, Parlamentsberichterstattung, Sportberichterstattung, Sprachberichterstattung, Verdachtsberichterstattung
- Berichtigung 1614 ff.
 - Erklärungsinhalt 1637 f.
 - Passivlegitimation siehe dort
 - Rechtsgrundlage 1618
 - Störungszustand 1620 ff.
 - Voraussetzungen 1619 f., 1636
- Beschlagnahme 23, 358 ff.
- Beseitigung 1474, 1614
 - Abgrenzungen 1627 f.
 - Anspruchsinhalt 1623
 - Berichtigung siehe dort
 - Passivlegitimation siehe dort
 - Rechtsgrundlage 1618
 - Störungszustand 1620 ff.
 - Voraussetzungen 1619 f.
 - Widerruf siehe dort
- Bestandsschutz der Presse siehe: Pressefreiheit
- Betriebsverfassung 551
- Beweislast 841, 849, 1590
- Big Brother 1376
- Bildberichterstattung 779 ff.
 - Auslegung 806 ff.
 - Fotomontage 812 f.
 - Manipulation 843
 - Unwahrheit 842
 - Unzulässig erstellte Bilder 864 f.
 - Wirkung 779 ff.
 - siehe auch: Auslegung medialer Äußerungen
- Bilder
 - Illustrierende 772
 - Informationsfunktion 782 f.
 - Laufbilder 1267
 - Lichtbilder 1259 ff.
 - Recht am eigenen Bild siehe dort
 - Wirkung von Bildern 780 ff.
- Bildnis siehe: Recht am eigenen Bild
- Binnenpluralismus siehe: öffentlich-rechtlicher Rundfunk
- Bismarck-Leiche 1077
- Blockade 574
- Boycott
 - Aufruf 574, 1210 f.
 - Begriff 1206
 - Geistiger Meinungskampf 1212
 - Zivilrechtliche Anforderungen 1209 ff.
- Bundeskanzler/in
 - Eheleben 1048
 - Fernsehduell 562
 - Misstrauensvotum 441
 - Neuwahl-Coup 805
 - Videobotschaften 263

Contempt of court 966 ff.

Darstellungsformen

- Auseinandersetzung 770
- Dokumentation 769
- Illustration 772
- Personalisierung 771

Datenbank 1356

Datenschutz 65 ff.

- Auskunftsanspruch 67
- Lösungsanspruch 72
- Maßstabsunterschied zum Medienrecht 66
- Medienprivileg 69 ff.
- Personenbezogene Daten 68
- Verarbeitung von Daten 68

Dauerwerbesendung siehe: Werbung

Demokratiefunktion

- Allgemein 37 f., 387, 641, 685, 928, 930, 1494
- Einfluss auf Haftung 38
- Gegendarstellung 1593
- Informationsinteresse 901 f., 1047 ff.
- Zugänglichkeit von Informationen 376

Deutscher Presserat 471, 1430 ff.

Dialogfunktion 34 f., 185, 475 f., 478 ff., 871, 1501, 1579

Digitale Vermittlungsdienste 3, 18, 44, 55

- Abgrenzung von Telemedien 279, 295
- Algorithmen 59 f.
- Begriff 55
- Datenschutz 921
- Eingestellte Inhalte 58, 535
- Finanzierungsmodell 671 ff.
- Haftung 1528 ff.
- Jugendschutzdefizite 1397
- Öffentliche Aufgabe 19
- Prüfungspflichten 63, 443, 1413, 1528
- Rundfunkfreiheit 214

siehe auch: soziale Netzwerke, Suchmaschinen

Diktatur 14 f., 144 ff.

Distanzierung 446, 462, 1409, 1487, 1497, 1501, 1637

siehe auch: Berichtigung

Dokumentation 481, 769, 783, 843 f., 864, 1264, 1278, 1286, 1289, 1303, 1497

Drittwirkung der Grundrechte 8 ff., 77, 130 ff., 142, 372, 408, 723, 817, 956, 1468, 1615

Druckwerke

- Amtliche 183, 1249
- Anforderungen 175 ff.
- Begriff 172 ff.
- Einfache 185

– Flugblätter, Flugschriften 138, 188

– Harmlose 184

– Mitteilungen von Zulieferern 181

– Periodische 113, 185 ff., 351, 746, 1578

– Wahlkampf 188

– Zeitungen und Zeitschriften siehe dort

Durchschnittsleser 601, 790 ff., 845, 1509, 1595

Durchsuchung 23, 358 ff., 362 ff.

Echokammer 538

Eigenwerbung

– siehe: Werbung

Ehre

– Grundrechtliche Schranke 91

– Innere 1007

– Persönliche 996

– Geschäftliche 1145

– Rechtsgeschichte 762, 996

– siehe auch: Kreditgefährdung, Persönlichkeitsrecht, Recht am Unternehmen

Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb

– siehe: Recht am Unternehmen

Einsicht

– Berechtigtes Interesse 411 ff.

– Grundbuch 413 f.

– Handelsregister 416

– Schuldnerverzeichnis 418

– Stasi-Unterlagen 417

Einwilligung des Betroffenen in Bildnisnutzung 1084 ff.

Elektronische Presse 315 ff.

Empfängerhorizont 786, 788, 790 ff.

EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) 112 ff., 967

Entgegnungsrecht siehe: Gegendarstellung

Entschädigungsanspruch

– Allgemein 1649 ff.

– Anspruchsgrundlage 1650

– Bemessung 1461, 1662 ff.

– Gläubiger 1648

– Voraussetzungen 1650, 1652 ff.

Erfundenes Interview siehe: Interview

Erscheinungsort 203

Europäisches Unionsrecht 117 ff.

– European Media Freedom Act 121 f.

– Grundrechte 117 ff.

– Privater Rundfunk 244

– Richtlinien und Verordnungen 121

– Richtlinienkonforme Auslegung 121, 1320 ff.

– Rundfunkrechtlicher Funktionsauftrag 269

Exklusivvertrag 90, 1232 ff.

- Facebook 48
- Fachbegriff 823
- Faktencheck 822, 1413
- Fensterprogramme 526, 530
- Fernsehrecht 1332, 1334
- Fernsehtext 270
- Feststellungsklage 1617
- Fiktionshaftung 1520ff.
- Film
 - Filmwerk 1263ff.
 - Hersteller 1355
 - Laufbilder 1267
- Filterblase 538
- Finanzierung
 - Auswirkung auf redaktionelle Inhalte 852ff., 632, 637, 640, 651, 653
 - Entgelte 639ff., 645ff.
 - Beitragsfinanzierung 580, 650ff.
 - Offenlegungspflichten 199
 - Staatliche 576f.
 - Telefonmehrwertdienste siehe dort
 - Überblick 575ff.
 - Werbeeinnahmen 581ff.
 - siehe auch: Free-TV, Pay-TV, Subventionen, Werbefinanzierung
- Flugblätter 138, 142, 166, 188, 292
- Folgeberichterstattung 1647
- Fotografien
 - Gerichtsverfahren siehe: Gerichtsberichterstattung
 - Lichtbild 1259
 - Lichtbildwerk 1256ff.
- Fotomontage 782, 806, 812f., 1079, 1256
- Fragen 822, 892ff.
- Free-TV 587, 750, 755, 1339, 1341f.
- FSK (Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft) 111
- Funksendung 1142 8
- Fusionskontrolle 72ff.
 - Abwägungsklausel 738
 - Anzeigenmarkt 741, 757
 - Bagatellregel 738
 - Lesermarkt 742, 758
 - Marktabgrenzung 736ff.
 - Ministererlaubnis 739
 - Mischfusionen 754ff.
 - Presse 740ff.
 - Rundfunk 749ff.
 - Untersagungsvoraussetzungen 735
 - Werbemarkt 750
 - Zuschauer-, Zuhörermarkt 750
- Gegendarstellung 35, 111
 - Alles-oder-nichts-Grundsatz 1605
 - Änderung im Prozess 1606
 - Anspruchsberechtigung 1592ff.
 - Anzeigen 1581
 - Archivierung 1613
 - Ausschlussfrist 1588, 1605
 - Behaupten 1587
 - Betroffensein 1595ff.
 - Fehlendes berechtigtes Interesse 1590ff.
 - Fehlerhafte 1605
 - Funktion 1572f.
 - Passivlegitimation siehe dort
 - Rechtsgeschichte 1574, 1577
 - Rechtsgrundlagen 1576
 - Rechtsweg 1576
 - Schriftform 1588
 - Tatsachen 1584ff.
 - Titelseite 1609
 - Umfang 1604
 - Veröffentlichung 1608f.
- Gegenschlag/Gegenwehr des Betroffenen 875, 924, 1423, 1427f.
- Geheimhaltungsinteressen
 - Staatliche 938ff.
 - Informanten 343ff.
 - Recherche 341
- Geheimnis
 - Beratungsgeheimnis 400, 989
 - Dienstgeheimnis 945f.
 - Geschäftsgeheimnis 368ff., 1181f.
 - Privatgeheimnis 947f.
 - Redaktionsgeheimnis 158, 197, 338ff., 366ff.
 - Staatsgeheimnis 942ff.
- Gemeinfreiheit von Informationen 1225ff.
- Gemeinschaftsrecht siehe: Europäisches Unionsrecht
- Gerichtsberichterstattung
 - Anklageschrift 969ff.
 - Anspruch auf ergänzende Mitteilung 1639ff.
 - Ausschluss der Öffentlichkeit 389ff.
 - Ausschluss von Journalisten 76, 394f.
 - Aufnahmen außerhalb der Verhandlung 981
 - Aufnahmen während der Verhandlung 974ff.
 - Beratungsgeheimnis siehe: Geheimnis
 - Contempt of court siehe dort
 - Erweiterte Medienöffentlichkeit 388
 - Filmaufnahmen 974ff.
 - Fotografien 980
 - Gerichtsverfassungsrecht 381ff., 972ff.
 - Informationsinteresse 962ff.
 - Nicht öffentliche Verhandlungen 986ff.
 - Öffentlichkeitsgrundsatz 381ff., 972ff.

- Sitzungspolizeiliche Gewalt 394 f., 981 ff.
- Tonaufnahmen 974 ff.
- Verdachtsberichterstattung siehe dort
- Zeichnungen 980
- Geschäftliche Handlung 51 ff., 687, 696, 1332
- Geschäftsehre: Ehre
- Geschäftsgeheimnis siehe: Geheimnis
- Geschäftsschädigung siehe: Kreditgefährdung
- Getarnte Werbung siehe: Werbung
- Gewährleistung bei Zeitungen 1420
- Gewährsmann siehe: Informant
- Gewerbebetrieb siehe: Recht am Unternehmen
- Gewerkschaft 509, 621, 1217, 1293, 1592
- Gleichbehandlungsgrundsatz 376 f., 384, 396 ff., 437, 561 f.
- Großereignis 1339 f.
- Grundversorgung siehe: öffentlich-rechtlicher Rundfunk

- Hassrede 61, 677
- Hausrecht 981, 1333
- Heiße Eisen 1514, 1524
- Hörfunk 213, 229
- Hörfunkrecht 1332 ff.
- Hosting-Dienste 1529 f.
- Hostprovider 63, 1564
- Hyperlink
 - Journalistische Sorgfalt 446
 - Jugendschutz 1393
 - Medienplattform 327
 - Presseveröffentlichung 713
 - Urheberrechtliches Zugänglichmachen 1277
 - Zu-eigen-Machen 1487

- Identifizierbarkeit, Identifizierung
 - mit der Gesellschaft 41, 907
 - mit Inhalten 545, 1479, 1483, 1510, 1624
 - von Personen 68, 198, 860, 915, 936, 969, 1005, 1019, 1032, 1035, 1079
 - von Produkten 811
 - von Unternehmen 119
- Illustration 444, 772, 782, 808, 810, 864 f., 920, 1092, 1094, 1106 f., 1169, 1187, 1314, 1318, 1362
- Impressum
 - Anforderungen 198
 - Bedeutung und Zweck 197
 - Haftung bei Verstoß 1450
 - Impressumszwang 197
 - Offenlegung der Finanzierung 199
- Impressumspflicht 197 ff., 203
- Individualsphäre 1023, 1172
 - siehe auch: Persönlichkeitsrecht
- Informant
 - Informantenschutz 23, 343 ff., 834, 850, 860
 - Haftung 1508
- Informationen
 - Gemeinfreiheit von Informationen siehe dort
 - Kommerzialisierung 1232
 - Mediale Auswahl 481 ff.
 - Rechtswidrige Beschaffung 23, 160, 857 ff.
 - Unterhaltende 905 ff., 1050 ff.
 - Vertragsrecht 1232 ff.
 - Vertrauliche 1072 f.
 - Zugang zu 158, 379 ff., 476
- Informationsanspruch der Medien
 - Auskunftsanspruch 419 ff.
 - Einsichtsanspruch 410 ff.
 - Gegenüber dem Staat 376 f.
 - Gegenüber Privaten 378
 - Gleichbehandlung 376 f., 396 ff.
 - Zugangsanspruch 379 ff.
- Informationsbedürfnis der Bürger 37
 - siehe auch: öffentliches Informationsinteresse
- Informationsbeschaffung 158, 371 ff., 857 f.
- Informationsfreiheit
 - Allgemein 73, 85 ff., 371
 - Bestimmungsrecht 89 f.
 - Eingriff 76
 - Schutzbereich 85 ff.
 - Zugang zu Quellen siehe: Quelle
- Informationsfunktion
 - Allgemein 28 ff.
 - Bilder 782 f.
 - siehe auch: Gemeinfreiheit von Informationen
- Informationsinteresse siehe: öffentliches Informationsinteresse
- Infrastruktureinrichtungen 623 ff.
- Innere Medienfreiheit 154, 542 ff.
- Inserat siehe: Anzeigen
- Integrationsfunktion
 - Allgemein 41 ff.
 - Informationsinteresse 403, 905 ff., 1050 ff., 1337
 - siehe auch: öffentliches Informationsinteresse
- Intendant 111, 508
- Internationales Kollisionsrecht 202 ff.

- Internet siehe: digitale Vermittlungsdienste, soziale Netzwerke Suchmaschinen, Telemedien
- Interview
 - Erfundenes 1635, 1664
 - Exklusives 833, 1239, 1332
 - Haftung des Interviewten 1509
 - Mit Gefangenen 401
 - Prüfungspflicht 464
 - Zurechnung von Interviewäußerungen 1501
- Intimsphäre 1021, 1076
- Journalistische Grundsätze 470f.
- Journalistische Sorgfalt
 - Allgemein 24, 439 ff., 836, 1522
 - Amtliche Informationen 456
 - Digitale Vermittlungsdienste 63, 1413
 - Fremdwerbung 630
 - Gebotene Sorgfalt 452 ff.
 - Gegenstand der Prüfungspflicht 444 f.
 - Kreditgefährdende Äußerungen 1153 f.
 - Leserbriefe 464
 - Nachfrage beim Betroffenen 461 ff.
 - Nachrichtenagenturen 443, 457
 - Presserat 1433
 - Prüfungspflicht 442 ff.
 - Rechtlicher Doppelcharakter 439 f.
 - Telemedien 320
 - Werbeanzeigen 464
- Journalistisch-redaktionelle Gestaltung
 - Datenbanken 312
 - Internetforen 313
 - Suchmaschinen 71, 312
 - Unkommentierte Web-Cam-Übertragungen 261
 - Voraussetzungen 257 ff., 308 ff.
- Jugendschutz
 - Allgemein 480, 1377 ff.
 - Entwicklungsbeeinträchtigende Angebote 1387, 1390
 - Gewaltdarstellungen 1379
 - Kennzeichnung von Filmen 1387
 - KJM (Kommission für Jugendmedien-schutz) siehe dort
 - Liste jugendgefährdender Medien 1383 ff.
 - Schranke für Kommunikationsfreiheiten 98 ff.
 - Schutzzweck 1377
 - Schwer jugendgefährdende Angebote 1386, 1388 f.
 - Teleshopping siehe dort
 - Trägermedien 1383
 - Verfassungsrecht 98 ff.
 - Vorausindizierung 1384
 - Weimarer Republik 142
 - Werbung siehe dort
 - Zugangsperren 1395
- Kartellverbot 716
- KEF (Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) 275, 658 f.
- KEK (Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich) 524 f., 760
- Kirche 134, 424, 530, 1293
- KJM (Kommission für Jugendmedien-schutz) 1379
- Klarstellung siehe: Berichtigung
- Kommerzialisierung von Informationen siehe: Informationen
- Kommunikationsgrundrechte 73 ff., 151 ff., 213 ff.
- Kontrollfunktion der Medien 31 ff., 378, 576, 693, 856, 1047, 1097 f.
- Kontrolle der Medien
 - Allgemein 1406 ff.
 - Entschädigungsanspruch 1461 f.
 - Indirekte 1416 ff.
 - Markt 1420
- Konvergenz der Medien 127 f.
- Kreditgefährdung
 - Allgemein 26, 785, 1145 ff.
 - Behaupten siehe dort
 - Recht am Unternehmen siehe dort
 - Schutz geschäftlicher Interessen 1145
 - Unternehmensbezug 1150
 - Verbreiten siehe dort
- Kunstfreiheit 1137, 1309
- Kurzberichterstattung 1343 ff.
 - Allgemeines Informationsinteresse 1348
 - Nachrichtenmäßige Berichterstattung 1350 f.
- Ladenfunk 255
- Landesmedienanstalten 519, 1445
- Landespressegesetze 52, 139 f., 150, 170 ff., 179, 202 f.
- Leserbriefe 9, 352, 557, 563, 846, 1452, 1501, 1581, 1609
- Lichtbildwerke 1256 ff.
- Linearität
 - Gesetzliche Anforderungen 262 ff.
 - Rechtspolitischer Sinn 265
 - Rundfunkfreiheit 290 f.
- Link siehe: Hyperlink
- Liveberichterstattung 229, 266, 975, 1334, 1263

- Lizenzgebühr, fiktive 1676f.
 Luftbildaufnahmen 1115, 1652
- Machtkritik 96, 105, 763, 901, 928, 936, 955, 956, 959, 1321
 siehe auch: Kontrollfunktion der Medien
 Marktabgrenzung 736ff., 740ff.
 Marktbeherrschung 618
 Markttransparenz durch Medien 39, 903, 1195
 Massenkommunikation 25, 217, 255, 283, 791
 Materndienste 180
 Medien
 – Freiheit der Medien 16
 – Initiativrecht 909
 – Innere Medienfreiheit 542ff.
 – Medienmacht 1398ff.
 – Öffentliche Aufgabe siehe dort
 – Publizistische Vielfalt 475ff.
 – Sondermaßstäbe 22ff., 683ff.
 Medienfunktionen
 – siehe: Demokratiefunktion, Dialogfunktion, Informationsfunktion, Integrationsfunktion, Kontrollfunktion, Wirtschaftsfunktion
 Mediengesellschaft 896, 995, 1399
 Medienintermediäre 331ff.
 Medienkonvergenz siehe: Konvergenz der Medien
 Medienplattformen 326ff.
 Medienrecht
 – Abgrenzung zum Wirtschaftsrecht 683ff.
 – Arbeitsrechtliche Besonderheiten siehe: Arbeitsrecht
 – Begriff
 – Gesetzliche Grundlage 124ff.
 – Negativdefinition 132
 – Rechtsgeschichtliche Entwicklung siehe dort
 – Sonderrecht/Sondermaßstäbe 2, 18ff.
 Medienunternehmen
 – Außenplurale Struktur 486ff.
 – Blockade 574
 – Gründungsfreiheit 488
 – Innenrecht 541ff.
 – Kontrolle durch Öffentlichkeit 481
 – Meinungsmacht, vorherrschende siehe dort
 – Pflicht zur Anzeigenveröffentlichung 563ff.
 – Tendenzfreiheit 489ff., 557
 Meinung
 – Abgrenzung zu Tatsachen 818ff., 824ff., 832, 869
 – Begriff 81, 868
 – Beurteilungsmaßstäbe 873ff., 877ff., 1132ff., 1136ff., 1209ff.
 – Unrichtige Meinungen 871
 – Satire 1136ff.
 – Schmähung siehe dort
 Meinungsfreiheit
 – Abwehrrecht 76
 – Bedeutung für Demokratie 80
 – Eingriff 76
 – Negative 84
 – Schutzbereich 80ff.
 Meinungskampf 101, 574, 884, 1423ff.
 – Boykottaufruf 1212
 – Nichtunternehmerische private Einrichtungen 1216f.
 – Schutz durch Zivilrecht 1455
 – Staatliche Einrichtungen 928
 – Unterdrückung von Wahrheiten 937
 – Zitate 845, 1120
 – Zulässigkeitsvermutung 1134
 – siehe auch: Wettbewerb
 Meinungsmacht, vorherrschende 77, 522ff., 685, 759f.
 – Begriff 522
 – Fusionskontrolle siehe dort
 – Gegenmaßnahmen 524
 – KEK siehe dort
 – Medienrelevanter verwandter Markt 759
 – Sendezeit für Dritte 526
 Meinungsmarkt 476
 Meinungsmonopol 167, 484
 Meinungsroboter 302, 310, 539
 Meinungsumfragen 472
 Meinungsvielfalt
 – Allgemein 30, 475ff.
 – Außenpluralismus siehe dort
 – Binnenpluralismus siehe: öffentlich-rechtlicher Rundfunk
 – Kontrollmechanismus 1416ff.
 – Publizistischer Wettbewerb siehe: Wettbewerb
 – siehe auch: Dialogfunktion
 Menschenwürde 104, 571, 994, 998, 1000, 1374ff.
 Merchandising 669
 Me-Too 912
 Minderjährige
 – Persönlichkeitsrecht 998, 1008, 1030ff., 1038, 1086
 Mitbestimmung 550

- Nachrichtenagenturen 171, 180, 443, 457, 550, 732, 1578
- Nachzensur 106 ff.
 - Justizsystem 109
 - Rechtsgeschichte 109 f.
- Nationalsozialismus 16, 144 ff., 207 ff., 1368
- Offenlegungspflichten siehe: Finanzierung
- Öffentliche Aufgabe der Medien 18 ff.
 - Herstellen von Öffentlichkeit siehe: Öffentlichkeit
 - Informationsverbreitung 28
 - Rechtsgeschichte 145
 - siehe auch: Medienfunktionen
- Öffentliche Meinungsbildung 18 f., 153, 159, 1398, 1414
 - Digitale Vermittlungsdienste 55 f.
 - Einbindung Andersdenkender 477
 - Exklusivrechte 1223
 - Kommunikationsfreiheiten 73
 - Massenkommunikation 25
 - Medienintermediäre 331 f.
 - Öffentliche Äußerungen 1039 f.
 - Positionierungen von Medien 1479
 - Publizistischer Wettbewerb 475
 - Rundfunk 213, 224
 - Urheberrechtliche Schranken 1278 f.
 - Verlauf 338, 909 ff.
 - Werbung 925
 - siehe auch: Medienfunktionen, Meinungsbildung
- Öffentlicher Dialog siehe: Dialogfunktion
- Öffentliches Informationsinteresse 19, 36 ff., 895 ff., 1046 ff., 1153, 1170, 1230 f., 1282, 1324 f., 1459 ff.
 - Abgrenzung 49, 51 ff., 922 ff.
 - Aktualität 914 f., 1286, 1294, 1308 f.
 - Anerkennung 11, 896 f.
 - Berechtigte Interessen siehe dort
 - Berichtigungsanspruch 1460
 - Bildberichterstattung 1092
 - Gerichtsverhandlungen 87, 962 ff.
 - Informationsinhalte 900 ff.
 - Kriterien 899
 - Personen 1046 ff.
 - Politische Information 901 f.
 - Prominente 1050 ff.
 - Prozedurale Kriterien 909 ff.
 - Rechtfertigung von Veröffentlichungen/ Äußerungen 131, 895, 897
 - Rechtsgeschichte 11, 896 f.
 - Sport 907, 1332, 1337, 1339
 - Strafverfahren 962 ff.
 - Unterhaltungsinformationen 905 ff., 1332, 1337
 - Verbraucherinformationen 903, 1197 f.
 - Wahlkampf 188, 902 f., 1135
 - Wirtschaftsinformationen 903 f.
- Öffentlichkeit
 - Ausschluss 389 ff.
 - Bereits bestehende 910
 - Gerichtsverhandlungen 381 ff.
 - Herstellen 27 ff., 995, 1474 f.
 - Initiativrecht der Medien 909
 - Rückzug aus 1045
 - Vermeiden 1471 f.
 - Verhandlungen des Bundestages 380
- Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
 - Aufsicht durch Staat 1436 ff.
 - Beitragsfinanzierung 241, 580, 650 ff.
 - Bestandsgarantie 238
 - Binnenpluralismus 240, 496 f., 513 ff., 1435
 - Dienende Funktion 224 ff.
 - Funktionsauftrag 234 ff., 268 ff., 504 ff., 657
 - Gleichbehandlungsansprüche 561 f.
 - Grundversorgung siehe: Funktionsauftrag
 - Kommerzielle Tätigkeiten: 668 ff.
 - Kontrolle und Selbstkontrolle 1435 ff.
 - Mischfinanzierung 618, 666
 - Personalauswahl 223
 - Pflicht zur publizistischen Vielfalt und Ausgewogenheit 235, 504, 506 f.
 - Programmfreiheit 221, 239, 505 f., 510 ff.
 - Programminformationen 273
 - Programmrichtlinien 508
 - Programmverwertung 666
 - Rundfunkgremien 513 ff.
 - Staatsferne 239
 - Unternehmen im Sinne des GWB 687
 - Verbot von Mehrwertdiensten 670
 - Werbebeschränkungen siehe dort
- Onlinearchiv 916 ff.
- Onlineplattform 57, 78, 105, 122, 1039, 1086
 - Begriff 1529 f.
 - Jugendschutz 1397
- Organhaftung 1518 f.
- Panoramafreiheit 1284
- Parlamentsberichterstattung 380, 445, 778, 1494 f., 1583
- Parlamentsvorbehalt 231 f.
- Passivlegitimation
 - Allgemein 1506
 - Auskunftsanspruch 422

- Berichtigungsanspruch 1626
- Entschädigungsanspruch 1648
- Gegendarstellungsanspruch 1607
- Medienunternehmer 1515
- Mitarbeiter 1513
- Redakteure 1514
- Schadensersatzanspruch 1648
- Unterlassungsanspruch 1556 ff.
- Widerrufsanspruch 1626
- Pay-TV 255, 643 f., 752, 1339
- Periodische Druckwerke siehe: Druckwerke
- Personalisierung 482, 771, 1032, 1079
 - Algorithmen siehe dort
 - Ausmaß der 1018 f.
 - Bilder 782
 - Digitale Vermittlungsdienst 671
 - Legitimes journalistisches Mittel 1035
- Persönlichkeitsrecht 990 ff.
 - Beeinträchtigung 1018 ff.
 - Besondere Persönlichkeitsrechte 997
 - Ideelle Persönlichkeitsinteressen 1648, 1650, 1653
 - Identifizierung 1005
 - Kommerzielle Persönlichkeitsinteressen 1362 f., 1648, 1654
 - Minderjährige 998, 1030 ff.
 - Persönlicher Schutzbereich 998 ff.
 - Persönlichkeitsphären 1020 ff.
 - Postmortaler Schutz 1000, 1008, 1016 f., 1121, 1655
 - Rechtsgeschichte 9, 994 ff., 1403
 - Sachlicher Schutzbereich 1013 ff.
 - Selbstbestimmung 1018, 1056 ff.
 - Sozialer Achtungsanspruch 1015, 1116 ff.
- Pflichtexemplar 200
- Pool-Lösung 979
- Pornografie 1371 ff.
 - Begriff 1371
 - Harte 1373
 - Weiche 1372
- Preisbindung 641 ff., 720 ff.
- Presse
 - Außenplurales System 486 ff.
 - Druckwerke siehe dort
 - Elektronische Presse siehe dort
 - Gleichschaltung im Nationalsozialismus 144
 - Gründungsfreiheit 157
 - Impressumspflichten siehe: Impressum
 - Institutionelle Garantie 166 ff., 577, 703
 - Kennzeichnungspflicht von Anzeigen 199
 - Offenlegungspflichten siehe: Finanzierung
 - Pressedienste/Zulieferunternehmen 179 f.
 - Pressefehden 52 f., 481, 687, 875, 1633
 - Publizistische Freiheit 159 f.
 - Rechtsgeschichtlicher Überblick 134 ff.
 - Staatsferne der Presse siehe Staatsferne der Medien
 - Tendenzfreiheit 162 f., 489 ff., 557
- Presseagenturen siehe: Nachrichtenagenturen
- Pressebegriff
 - Gesetzlicher 171
 - Verfassungsrechtlicher 151 f.
- Pressefreiheit
 - Anzeigenwesen 164
 - Entwicklung 139 ff.
 - Innere 154, 542 f.
 - Grundrechtsträger 154 f.
 - Negative Freiheit 161
 - Schutzbereich 152 f., 156 ff., 366
 - Schutz der Presse als Institution 166, 701 ff.
- Pressegesetze
 - Allgemein 129, 170 ff.
 - Frühere Rahmenkompetenz des Bundes 125
- Pressegrosso 720 ff.
- Presseinhaltsdelikte 194, 1450
- Pressekodex siehe: Selbstkontrolle
- Pressekonferenz 397, 970
- Presseordnungsdelikte 1451
- Presseordnungspflichten 197 ff., 1450 ff.
- Presseprivileg 1669
- Presserechtliches Informationsschreiben 1565
- Pressespiegel 1301 f., 1496
- Pressestrafrecht
 - Allgemein 1449 ff.
 - Verantwortlicher Redakteur 193 ff., 1464
 - Verleger 191 f., 1450
- Pressevergehen 197
- Privater Rundfunk
 - Aufsicht durch Landesmedienanstalten 1442 ff.
 - Aufsicht durch Staat 248
 - Entwicklung 244
 - Fensterprogramme 526, 530
 - Finanzierung durch Mehrwertdienste 646 f.
 - Mischsystem außen- und binnenpluraler Organisation 511 ff.
 - Organisationsfreiheit 508

- Programmfreiheit 221, 239, 246
- Programmkategorien siehe dort
- Rundfunkfreiheit 242 ff.
- Sendezeit für Dritte siehe: Fensterprogramme
- Staatsferne 248 f.
- Tendenzfreiheit, eingeschränkte 246, 528 f.
- Verfassungsrechtliche Anforderungen 242 ff.
- Vielfaltsanforderungen 520
- Zulassung und Zulassungsverfahren 247, 514 ff.
- siehe auch: Rundfunkfreiheit
- Privatsphäre 1022, 1059, 1073
- Produktplatzierung siehe: Werbung
- Programmfreiheit
 - Berücksichtigungsrechte Dritter 554 ff., 729
 - Innenrecht von Medien 541 ff.
 - Öffentlich-rechtlicher Rundfunk 510 ff.
 - Presse 159 ff., 489 ff.
 - Privater Rundfunk 246, 528 ff.
 - Rundfunk 221, 239
 - Telemedien 303, 489 ff.
 - siehe auch: Tendenzfreiheit
- Prominente 893, 925
- Begleiter 1053 ff.
- Dauerbeobachtung 1102 f.
- Integrationsfunktion 41 ff., 1050
- Öffentliches Informationsinteresse 905 ff., 1051 f., 1101 f.
- Propaganda 16, 144, 209
- Prüfungspflicht siehe: journalistische Sorgfalt
- Publizistischer Wettbewerb siehe: Wettbewerb

- Quelle
 - Allgemeine Zugänglichkeit 89
 - Anonyme 834
 - Bestimmungsrecht 89 f.
 - Verfassungsrechtlicher Begriff 87
 - Zugänglichkeit 88

- Recherche
 - Recherchegeheimnis 342
 - Unterlassungsanspruch 341
 - siehe auch: Informationsanspruch der Medien
- Recht am eigenen Bild 1074 ff., 1078 ff.
 - Angehörige 1090
 - Bereich der Zeitgeschichte siehe: Zeitgeschichte
 - Bilder 1081
 - Bildnis 1078 ff.
 - Einwilligung 1085
 - Erkennbarkeit 1079
 - Minderjährige 1089
 - Rechtsgeschichte 1077, 1096
 - Rechtsgrundlage 1075, 1078
 - Verletzungshandlungen 1082 f.
 - Zustimmung 1084 ff.
 - Zustimmungsberechtigung 1089 f.
 - siehe auch: Bilder
- Recht am gesprochenen Wort 365, 857, 1063 ff.
- Recht am Namen siehe: Namen
- Recht am Unternehmen
 - Amortisationsinteressen 1224, 1334
 - Anprangern 1186 f.
 - Betriebsbezogener Eingriff 1167
 - Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb 1166
 - Subsidiarität 1160 ff.
 - Rechtfertigung von Eingriffen 1168 ff.
 - Rechtsgeschichte 1159
 - Unternehmerische Außendarstellung 1166
- Rechtsgeschichtliche Entwicklung
 - Äußerungsrecht 762 ff.
 - Entschädigung 1651
 - Gegendarstellung 1574, 1577
 - Medien/Medienrecht allgemein 5 ff., 20, 1424
 - Öffentliches Informationsinteresse 11, 896 f.
 - Persönlichkeitsrecht 994 ff.
 - Presserecht 5, 134 ff.
 - Rundfunkrecht 204 ff.
 - Zensur 134 f., 139 ff., 142
- Rechtswidrig erlangte Information
 - Zulässige Veröffentlichung 33, 859, 861 f.
- Redakteur
 - Chefredakteur 193, 196, 491, 1514
 - Verantwortlicher Redakteur 193 ff., 1452 ff.
- Redaktionsgeheimnis siehe: Geheimnis
- Reichskulturkammergesetz 144, 208
- Reichspressgesetz 5, 139 f., 150, 1449, 1574
- Richtigstellung siehe: Widerruf
- Rundfunk
 - Abgrenzung zu Printmedien 218, 266
 - Abgrenzung zur elektronischen Presse 219, 262 ff.
 - Binnenpluralistische Organisation 240, 1435
 - Duales Rundfunksystem siehe: Rundfunkordnung

- Elektronische Verbreitung 218
- Gleichschaltung des Rundfunks 207 ff.
- Programmfreiheit 221, 239, 510 ff.
- Rundfunkbegriff siehe dort
- Rundfunkgremien 513 ff.
- Rundfunkkommentar 1297
- Staatsferne siehe dort
- siehe auch: privater Rundfunk, öffentlich-rechtlicher Rundfunk
- Rundfunkanstalten
 - Mischsystem, Kooperationen 749
 - siehe auch: öffentlich-rechtlicher Rundfunk
- Rundfunkaufsicht 1436 ff.
- Rundfunkbegriff
 - Gesetzlicher 252 ff.
 - Verfassungsrechtlicher 215 ff.
- Rundfunkbeirat 527
- Rundfunkbeitrag 580, 650 ff.
 - Anspruch auf angemessene Finanzierung 658
 - Beitragspflicht 661 ff.
 - Europäisches Beihilferecht 655 ff.
- Rundfunkfinanzierungs-Staatsvertrag (RFinStV) 658 ff.
- Rundfunkfreiheit
 - Abwehrrecht 220
 - Allgemein 213 ff.
 - Ausgestaltung durch Gesetzgeber 231 ff.
 - Bindung des Gesetzgebers 231 f.
 - Dienende Freiheit 224 ff.
 - Parlamentsvorbehalt 231 ff.
 - Programmfreiheit 221, 239
 - Sicherung publizistischer Freiheiten 221 f.
- Rundfunkordnung
 - Duale 242 ff.
 - Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers 4, 233 f.
 - Rechtsgeschichte 204 ff.
- Rundfunkprogramm
 - Programmausgewogenheit 240
 - Programmfreiheit 221, 239
 - Programmgrundsätze 528
 - Programmvielfalt 240
- Satire 1136 ff., 1140 ff.
 - Aussagekern 1139 f.
 - Kunstfreiheit 956, 1137
 - Menschenwürde 1143
 - Satirische Einkleidung 1141 ff.
- Schadensersatz
 - Allgemein 1667
 - Naturalrestitution 1628, 1671 f.
 - Schadensvermeidung/-minderung 1679 f.
 - Zurechnung von Äußerungen 1507 ff.
 - siehe auch: Entschädigungsanspruch
- Schleichwerbung siehe: Werbung
- Schmähung 104, 877 ff., 1423
 - Abwägung 878
 - Begriff 877 f.
 - Persönliche Schutzinteressen 1136 ff.
 - Sachbezug 881
 - Tatsachenbasis 882 f.
 - Unternehmerische Schutzinteressen 1166, 1191 ff.
 - siehe auch: Meinung
- Schriftleitergesetz 145
- Schutzgesetz 934, 950, 969, 1001, 1217, 1466, 1577
 - Allgemeinheitsinteressen 1467
 - Journalistische Sorgfalt 1412
 - Pornografieverbot 1467
 - Vorabveröffentlichungsverbot 1467
- Schweigespirale 1400
- Selbstbestimmung siehe: Persönlichkeitsrecht
- Selbstkontrolle
 - Der Presse 1430 ff.
 - Pressekodex 357, 1431 f.
 - siehe auch: Presserat
- Selbstöffnung 1011, 1037 ff., 1045, 1118, 1237, 1427, 1478
- Shitstorm 48, 1427
- Social Bots siehe: Meinungsroboter
- Sorgfaltspflicht der Medien siehe: journalistische Sorgfalt
- Soziale Netzwerke 3, 55, 57, 59, 60, 65, 295, 313, 331, 540, 1530
 - siehe auch: Digitale Vermittlungsdienste
- Sozialsphäre 1023
- Sprachberichterstattung 773 ff.
 - Auslegung 788, 793
 - Authentische 770 f.
 - Schlagzeilen 795 f.
 - Sinngemäße 773 ff., 1229, 1279
- Spiegelaffäre 20, 1424
- Split screen-Werbung siehe: Werbung
- Sponsoring 632 ff.
- Sportberichterstattung 405, 408, 1335 f., 1337, 1339 f.
- Staatsferne der Medien 121, 155, 157, 239 f., 248, 424, 514, 519, 697, 1435 f., 1440, 1442
- Staatsgeheimnis siehe: Geheimnis
- Stasi 1325, 1603
- Stasi-Unterlagen-Gesetz 417
- Strafberichterstattung 460 f., 915, 962 ff., 1104 ff.

- siehe auch: Gerichtsberichterstattung, Verdachtsberichterstattung
- Streik siehe: Arbeitsrecht
- Subventionen im Medienbereich 577
- Suchergänzungsfunktion 83, 1486
- Suchmaschinen 55 ff., 68, 71 f., 295, 312, 331, 537, 672, 710, 714, 921, 1287, 1486, 1531, 1555, 1563
- Tagebuch 1021, 1062, 1241
- Tagesereignis 920, 1286, 1314 ff., 1322, 1324
- Tatsache
 - Abgrenzung zum Werturteil 818 ff., 824 ff., 832
 - Angaben über Informationsquellen 831 ff.
 - Begriff 816
 - Fachbegriffe 823
 - Faktencheck 822
 - Fragen 822, 892
 - Innere 821
 - Meinungsfreiheit 81
 - Zitate 832
- Tatsachenäußerung
 - Bilder 806, 809 f.
 - Nicht erweislich wahre 847 ff.
 - Unvollständige 853 ff.
 - Unwahre 835, 837 ff., 1119 ff., 1146
 - Verdeckte 803 ff.
- Telefonmehrwertdienste 646 ff.
- Telemedien
 - Abgrenzung zum Rundfunk 262 ff., 297
 - Abgrenzung zur Presse 178, 296
 - Abgrenzung zur Telekommunikation 298
 - Allgemein 129, 278 ff.
 - Andere journalistisch-redaktionell gestaltete 319 f.
 - Aufsicht siehe dort
 - Außenplurales System 303, 486 ff.
 - Begriff 294 ff.
 - Dreistufentest 275
 - Elektronische Presse 315 ff.
 - Grundrechtlicher Schutz 281 ff.
 - Impressumspflicht 304 f.
 - Journalistisch-redaktionelle Gestaltung siehe dort
 - Lineare fernsehnähnliche 323 f.
 - Livestreaming 297
 - Öffentlich-rechtliche 271 ff.
 - Programmfreiheit 303
 - Rundfunkähnliche 321 f.
 - Telemedienkonzepte 275 f.
 - Tendenzfreiheit 303, 489 ff.
 - Verantwortlicher 317
 - Video on Demand 297
 - Web-Casting 297
 - Zulassungsfreiheit 303, 488
- Teleshopping 261, 637 ff.
 - Begriff 637
 - Jugendschutz 1391
 - Rundfunk 638
- Tendenzfreiheit 489 f.
 - Blockade 574
 - Innenrecht von Medien 541 ff.
- Öffentlich-rechtlicher Rundfunk 240, 499
 - Presse siehe dort
 - Privater Rundfunk siehe dort
 - Streiks 522 f.
 - Telemedien siehe dort
- Titelseite 795, 893, 925, 1609, 164 f.
- Überschrift 466, 795 ff., 1584, 1603, 1633, 1635
- Unmittelbar Betroffener 835, 1004 ff., 1456 ff., 1167, 1411, 1456, 1465, 1595 ff.
- Unterhaltung siehe: Information, Integrationsfunktion, öffentliches Informationsinteresse
- Unterlassungsanspruch
 - Allgemein 180, 1472, 1532 ff.
 - Erstbegehungsgefahr 1544 ff.
 - Sachliche Reichweite 1549 ff.
 - Störer 1556 ff.
 - Stolpe-Doktrin 801
 - Unterlassungsverpflichtungserklärung 1539
 - Verletzungsunterlassungsanspruch 1535 ff.
 - Vorbeugender 1542 ff.
 - Wiederholungsgefahr 1537 f.
- Unternehmenspersönlichkeitsrecht 1001 ff., 1171 ff.
- Urheberrecht
 - Ausübender Künstler 1328
 - Informationen 1229, 1247
 - Rede 1255, 1287
 - Schranken 1278 ff.
 - Trennung vom allgemeinen Persönlichkeitsrecht 1241
 - Urheberpersönlichkeitsrecht 1268 ff.
 - Verwertungsrechte 1272 ff.
 - Werk siehe dort
 - Zitate siehe dort
- Veranstalter 1329
- Verantwortlicher Redakteur
 - Inhaltliche Kontrolle 193
 - Presserechtliche Einordnung 193 ff.

- Strafrecht 1452 f.
- Verbreiten 1151, 1480, 1488 ff.
- Begriff 1488 f.
- Einschränkung der Haftung 1489 ff.
- Verdachtsberichterstattung 891, 1122 ff., 1639 ff., 1647
- Verfassungsschutz 97
- Verleger
 - Begriff 191
 - Haftung 1502, 1514, 1515 ff.
 - Pflichten 192, 199 f.
 - Tendenzrelevante Personalentscheidungen 551
 - Strafrecht 1450
 - Weisungsrecht 547 f.
- Verletzergewinn, Herausgabe 1678
- Veröffentlichung
 - Erstveröffentlichung 1028, 1238, 1269, 1326
 - Rechtmäßig erlangter Informationen 866 ff.
 - Rechtswidrig erlangter Informationen 857 ff., 864 f.
 - Zweitveröffentlichung 910, 1028
- Verrichtungsgehilfe 1525 ff.
- Verstorbene siehe: Persönlichkeitsrecht, postmortaler Schutz
- Verunglimpfung staatlicher Institutionen 954 ff.
- Videotext siehe: Fernsehtext
- Vierte Gewalt 1398
- Vorzensur 106 ff., 1407
 - Begriff 106
 - Justizsystem 109
 - Rechtsgeschichte 108 f.
 - Zensurmaßnahmen, staatliche 110
 - siehe auch: Nachzensur, Zensur
- Wahlkampf
 - Äußerungen 1135
 - Druckwerke 188
 - Fernsehduell 562
 - Gendarstellung 1581, 1631
 - Öffentliches Informationsinteresse 902
 - Periodisches Druckwerk 188
 - Wahlwerbung im Rundfunk 566 ff.
- Wahlwerbung 566 ff.
- Warentest 890, 903, 1195 ff.
 - Einordnung als Meinung 1197 f.
 - Restaurantkritik 1203
 - Schmähung 1199
 - Wettbewerbsrecht 1195
 - Zivilrechtliche Anforderungen 1199 ff.
- Wechselwirkungslehre 94 ff.
- Werbebeschränkungen
 - Inhaltliche 619 ff.
 - Sendungsbezogene 623 ff.
 - Zeitliche 627 ff.
- Werbeblocker 706 ff.
- Werbefinanzierung
 - Massenmedien als Werbemedium 581
 - Ökonomische Abhängigkeit 584, 586
 - Werbevertrag 585
 - siehe auch: Finanzierung
- Werbung
 - Allgemein 164 f.
 - Begriff 592 ff.
 - Dauerwerbesendungen 611
 - Eigenwerbung 54, 165, 311, 369, 629
 - Erkennbarkeit des Werbecharakters 599 ff.
 - Getarnte 600 f.
 - Jugendschutz 1391 f.
 - Kinderwerbung 601
 - Meinungsbildende 563
 - Nachrichtensendungen 623
 - Pressefreiheit 164 ff.
 - Produktplatzierung 614 f.
 - Politischer Art 620
 - Rundfunkfreiheit 223
 - Schleichwerbung 612 f., 1185
 - Split screen-Werbung 626
 - Subliminale 607
 - Werbeblocker 626, 706 ff.
 - Wirtschaftswerbung als Meinungsäußerung 81
 - Zeitliche Beschränkungen der Rundfunkwerbung 627 ff.
 - siehe auch: Anzeigen
- Werk
 - Begriff 1244 ff.
 - Eigentumsfähigkeit von Werkstücken 1245
 - Geistige Schöpfung 1244
 - Individualität 1245 ff.
 - Sprachwerke 1251 ff.
 - Wahrnehmbarkeit 1250
- Werkszeitungen 151
- Wertersatz siehe Lizenzgebühr
- Werturteil siehe: Meinung
- Wettbewerb
 - Bestandsgefährdung 701 ff.
 - Publizistischer 30, 51, 162, 242, 376, 475 f., 481 ff.
 - Ökonomischer 49, 242, 486, 495, 578, 679 ff., 691
- Wettbewerbsrecht
 - Äußerungsfeindlichkeit 49 f.
 - Gefährdung des Pressewettbewerbs 701 ff.

- Generalklausel 699
- Rechtsbruch 192, 695 ff., 1366, 1463 f.
- Unmittelbare Übernahme 1357 ff.
- Wiedervereinigung 13
- Whistleblower siehe: Informant
- Widerruf 1629 ff.
- Eingeschränkter 1632 f.
- Uneingeschränkter 1630 f.
- Veröffentlichung 1634 f.
- Voraussetzungen 1629
- Wirtschaftsberichterstattung siehe: Wirtschaftsfunktion
- Wirtschaftsfunktion
 - Allgemein 39 f., 594, 903 f.
 - Informationsinteresse 903 f., 1170
 - Gegendarstellung 1597
 - Werbung 594
- Zeitgeschichte, Bildnis der 1091 ff.
- Zeitgeschichte, Person der 1096
- Zeitschrift
 - Begriff 189
 - Fachzeitschriften 705
- Zeitung
 - Anzeigenblätter 190
 - Begriff 189
 - Tageszeitungen 702 f., 737, 742
- Zensur 478
 - Rechtsgeschichte 109 f., 134, 142 ff., 485
 - siehe auch: Nachzensur, Vorzensur
- Zeugnisverweigerungsrecht siehe: Aussageverweigerungsrecht der Medien
- Zitate
 - Allgemein 35, 832, 1303 ff.
 - Auseinandersetzung 1303
 - Bildzitat 1305 f.
 - Persönlichkeitsrecht des Zitierten 1119 ff.
 - Meinungen 1491
 - Textzitat 1303 ff.
 - Unrichtigkeit 844 f.
- Zu-eigen-Machen 1483 ff.
- Zulieferunternehmen der Presse 179 ff.

